Nr. 256

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

NUR NOCH EIN TRÜMMERHAUFEN. Mitglieder der Revolutionären Zellen haben das einstige Trafohäuschen des Bundesgrenzschutzes in Frankfurt (Oder) in die Luft gesprengt.

7. Oktober 1993



Inhalt

Eigentumsvorbehalt

Ordner

Architekturzeitung zu Poizeipräsi- und Oberbaumbrücke
Steht auf und wehrt euch
Bilder von Foo (Knadt Willich)
Zeitungsartikel zu den vier Arolsern
M99
dont cry - work
zu einem unmöglichen Kneipenschild

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

NACHDEM DAS BUNDESREPUBLIKANISCHE ASYLRECHT ZUM 1. JULI 1993 AUßER KRAFT GESETZT WURDE, GEHT ES DEN HERRSCHENDEN DARUM, DIE ZUWANDERUNG VON FLÜCHTLINGEN AN DEN EG - AUßENGRENZEN ZU STOPPEN. DIE MAßNAHMEN DAZU WERDEN IM RAHMEN DES SCHENGENER ABKOMMENS VEREINHEITLICHT. EIN BESTANDTEIL DIESES VORGEHENS IST DIE VORVERLAGERUNG DER GRENZKONTROLLEN IN RICHTUNG OSTEN. SO ZAHLT ZUM BEISPIEL DIE BUNDESREGIERUNG 120 MILL. DM AN DIE POLNISCHE REGIERUNG FÜR DIE VERSTÄRKUNG DER KONTROLLEN AN DER POLNISCHEN OSTGRENZE. DARÜBERHINAUS WURDE DER BUNDESGRENZSCHUTZ PERSONELL AUFGESTOCKT; 1 500 SOGENANNTE POLIZEILICHE HILFSKRÄFTE WURDEN ANFANG 1993 VOM BGS IN DEN AN POLEN UND DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK GRENZENDEN ORTSCHAFTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG UND FÜR DIE ÜBERWACHUNG DER GRENZEN ANGEWORBEN. PARALELL DAZU WIRD DIE TECHNOLOGISCHE AUFRÜSTUNG DES BGS BETRIEBEN. ZUR ZEIT WERDEN MOBILE RADAR- UND INFRAROTGERÄTE AUF IHRE OPTIMALE EIGNUNG FÜR DAS AUFSPÜREN DIE GRENZE ÜBERSCHREITENDER FLÜCHTLINGE GETESTET. NACHT FÜR NACHT FAHREN BGS'LER AN DER DEUTSCHEN OSTGRENZE STREIFE, AUF DER JAGD NACH DENJENIGEN, DENEN ES IMMER NOCH GELINGT DIE GRENZEN ZU ÜBERWINDEN.

IN DER NACHT VOM 2. AUF DEN 3. OKTOBER HABEN WIR DIE STROMVERSORGUNG DER BGS-KASERNE IN FRANKFURT/ODER GESPRENGT UND DIE BGS-FAHRZEUGE AM FLUGHAFEN ROTHENBURG IN BRAND GESETZT.

FÜR FREIES FLUTEN

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

Nach Anschlag Stromversorgung lahmgelegt

In Bekennerschreiben verurteilen Revolutionäre Zellen neues Asylrecht

dik. **FRANKFURT (ODER)**, 4. Oktober. Auf dem Gelände des Grenzschutzamtes Frankfurt (Oder) ist in der Nacht zu Sonntag ein Trafohäuschen explodiert. Für kurze Zeit sei die Energieversorgung der Grenzschutzanlagen ausgefallen, bestätigte die Frankfurter Staatsanwaltschaft am Montag. Die Grenzsicherung sei in diesem Zeitraum äußerst problematisch gewesen. Im sächsischen Rothenburg sei es ebenfalls zu einem Anschlag auf den BGS gekommen.

Wie die Staatsanwaltschaft weiter mitteilte, seien Ursache und genauere Umstände noch nicht ermittelt. Es sei niemand verletzt worden, die Höhe des Sachschadens noch unbekannt. Die Kriminalpolizei, das Landeskriminalamt und der Bundesgrenzschutz ermitteln gemeinsam.

Am Sonntag morgen um 2 Uhr 15 haben bisher unbekannte Täter das Trafohäuschen mit einer enormen Sprengladung dem Erdboden gleichgemacht. Die schwere Eisentür flog 20 Meter weit durch die Luft. Ein Wachmann hörte nach einem dumpfen Knall noch die Worte „Ihr Schweine", konnte in der nächtlichen Dunkelheit allerdings keine Personen ausmachen. Die zu DDR-Zeiten mit NVA-Truppen besetzte Kaserne ist von einem Zaun und Postentürmen umgeben. Es ist der erste Anschlag mit terroristischem Hintergrund im Raum Frankfurt (Oder). Bisher hatten sich die Revolutionären Zellen noch nicht zu Wort gemeldet. Terroristen seien nach bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft „hier noch nicht rekrutiert".

Eine Gruppe „Revolutionäre Zellen" hat sich inzwischen zu der Tat bekannt. In einem Bekennerschreiben heißt es: „In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober haben wir die Stromversorgung der BGS-Kaserne in Frankfurt/Oder gesprengt und die BGS-Fahrzeuge am Flughafen Rothenburg in Brand gesetzt." Nach Meinung der Revolutionären Zellen ginge es „den Herrschenden darum, die Zuwanderung von Flüchtlingen an den EG-Außengrenzen zu stoppen", nachdem das „bundesrepublikanische Asylrecht zum 1. Juli 1993 außer Kraft gesetzt" worden sei. Der Bundesgrenzschutz sei personell um 1500 Kräfte aufgestockt und technologisch aufgerüstet worden, heißt es in dem Bekennerschreiben, „auf der Jagd nach denjenigen, denen es immer noch nicht gelingt, die Grenzen zu überwinden".

Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder), die die Ermittlungen heute an den Generalbundesanwalt abgeben will, geht von der RAF nahestehenden Tätern aus. Die bisherigen Anhaltspunkte dafür verdichteten sich. Auf einer Demonstration Anfang September gegen die neue Asylgesetzgebung, die überwiegend friedlich verlaufen war, hätten Autonome das abseits von der Straße gelegene BGS-Gelände bereits inspiziert. Rund 700 zum Teil vermummte Personen, darunter etwa 200 aus der Berliner autonomen Szene, hatten damals gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus demonstriert. Der BGS hatte autonome Kundgebungsteilnehmer abgefangen, die mit Booten die Grenze durchbrachen.

bekennerschreiben

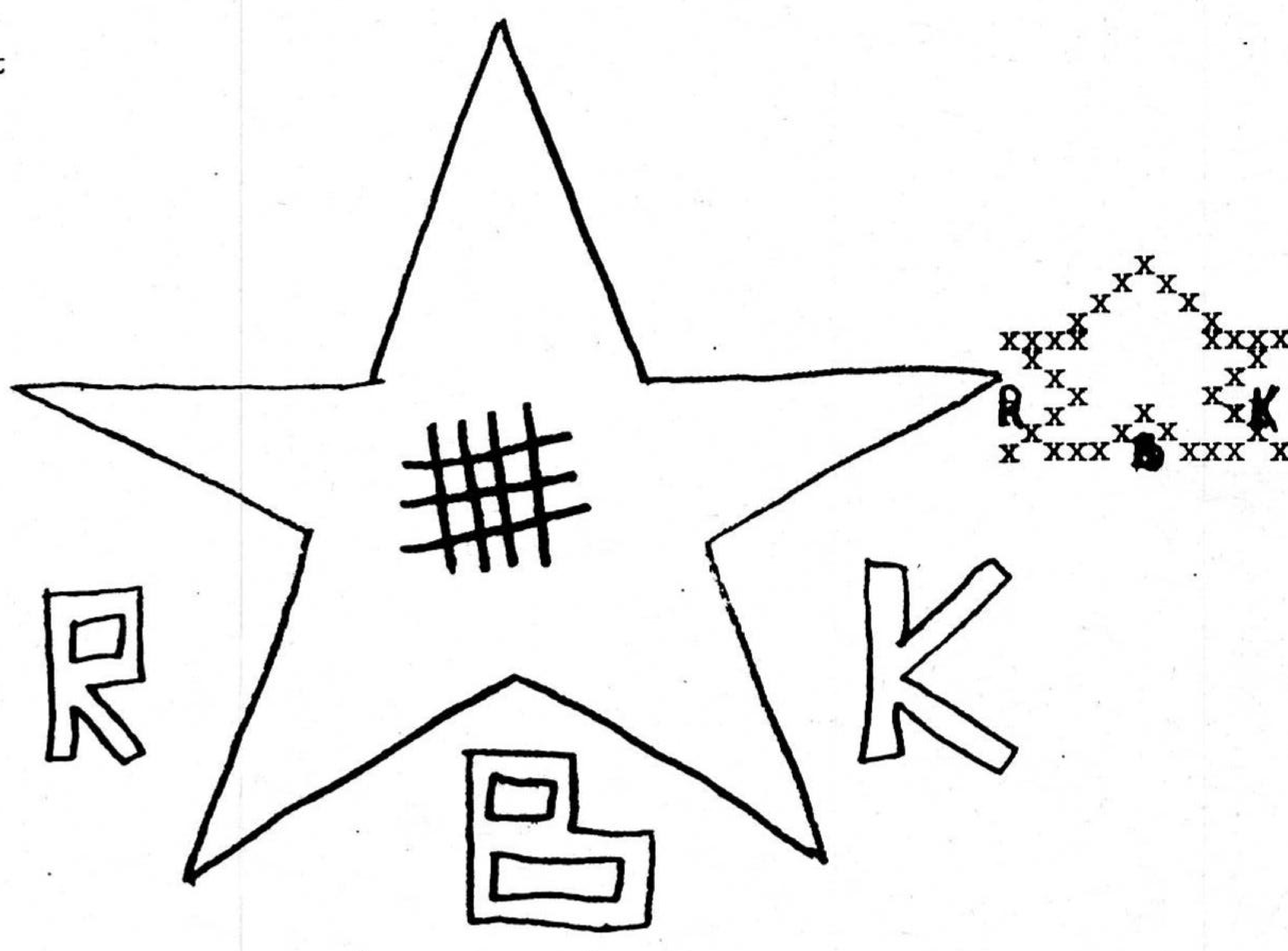
wir haben in der nacht von o8.9. auf den o9.9.1993 in den räumlichkeiten dieser staatlichen vernichtungsanstalt knast straubing einen brandsatz gezündet.
wir wollen somit eine radikale basis zum praktischen widerstand und daher eine neue öffentliche diskussion/auseinandersetzung und konfrontation zur repressionsmaschinerie knast und justiz erreichen.
wir haben die mittel und möglichkeiten die wirtschaftlichen ausbeutungszentren zur sklavenarbeit u.a. des knastsystems vernichtend anzugreifen.
wir möchten ein zeichen setzen, daß radikaler widerstand auch und innerhalb in diesen staatlichen vernichtungslagern möglich sein kann und somit ein zwingender teil zur praktischen revolutionären auseinandersetzung ist.
die lethargie unter den gefangenen menschen aufbrechen und nachfolgende solidarische aktionen entstehen zu lassen.
wir wollen nicht mehr nur papier-tiger sein und wir werden unsere politischen erkenntnisse in praktischen widerstand umsetzen.
wir denken, daß die praktische militanz, die direkte sabotage von einrichtungen des staatsapparates, diesen behindert und im günstigen fall auch mehr bewegen kann.
deshalb ist jede aktionsform gegen alle staatlichen einrichtungen - drinnen und draußen - legitim und politisch notwendig.
der kampf für die zerschlagung dieses verfaulenden bürgerlichen staatsapparates schließt den kampf gegen das ganze system der gefängnisse mit ein.
die justiz und knast - ist und war immer ein instrument zur unterdrückung und zur durchsetzung der vorherrschenden machtinteressen. die brd -justiz entpuppt sich selbst nach knapp 5o jahren immer noch innerhalb ihrer und anderer handlanger faschistoider machenschaften. schon alleine deswegen wäre es unsinnig von diesen staat und seiner justiz menschenwürde zu erwarten.
bayrische knäste stehen exemplarisch für kz- spezifische tendenzen in und durch produktive ausbeutung(vernichtung durch arbeit), isolierung und anderer psychischer und physischer vernichtungsstrategien.
daher müssen die prozesse des ureigenen widerstandes jeder gefangenen individuell zum ausdruck gebracht werden.
es wird an jeden einzelnen gefangenen menschen liegen, daß durch massiven widerstand umgehende alternativen - auch mit solidarischen wirken außenstehenden fortschrittlichen kräften -, entwickelt werden.
es existieren heute eine vielzahl von möglichkeiten dieses knast- justizsystem und gesellschaft zu unterwandern. es wäre unmenschlich, sie nicht auszunutzen. alles was möglich ist um dieses schweinesystem zu verändern muß getan werden.
dies ist, so glauben wir, der einzige weg, um den protest zu aktivieren.

alle widerstandsaktionen, die punktuell und symbolische funktionen, zusammenhänge und verantwortung aufzeigen, und in aktionsbündnissen(nadelstiche) entschiedenheit und veränderungsabsicht bzw. verhinderungsabsicht propagieren. sie sollen das erdulden, ertragen der herrschafts-strukturen aufkündigen, sie fordern zur unmittelbaren nachahmung auf bzw. dazu, die eigene haltung zu verändern.
da wir auch hierin bezüge zu allen sozialen gruppen und subjekten wollen, die sich erheben, rebellieren, revoltieren, sich wehren, widerstehen, stellen wir auch die frage nach dem konkreten verhältnisse zwischen ihren praktischen absichten, ziele, methoden und unseren.

freiheit für alle politischen gefangenen aus raf und widerstand !
freilassung aller flüchtlinge die in abschiebeknästen sind !
solidarität mit allen internationalen politischen gefangenen weltweit !
kampf dem imperialistischen schweinesystem !
gegen staat, kapital und patriarchat !

wir grüßen alle, die in den knästen für ihre menschenwürde kämpfen.

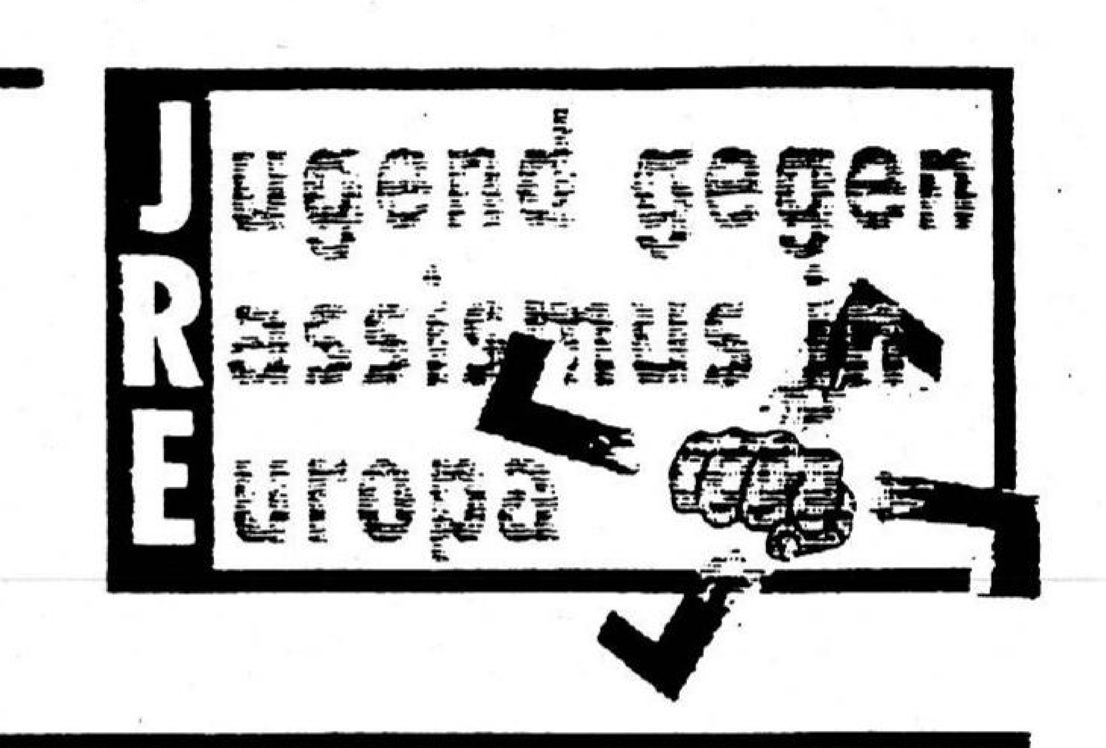
revolutionäres befreiungskommando



JUSTIZ SCHÜTZT DIE FASCHISTEN

In der Nacht vom 1. zum 2.10. haben wir unserer Wut über das Gerichtsurteil im Fall Silvios in einer Scherbenaktion/Frankfurter Allee Ausdruck verliehen.
Lediglich 3 der 5 am Mord Beteiligten mußten sich überhaupt vor dem Gericht verantworten. Die Haftstrafen von 4,5 Jahren für Totschlag, 3,5 für versuchten Totschlag und 8 Monate auf 3 Jahre Bewährung für Körperverletzung entspricht genau der gänigen Praxis von Staat und Justiz die faschistischen Morde zu verharmlosen. Die Täter wurden als unpolitische Einzeltäter dargestellt und den Betroffenen wurde vorgeworfen, sie hätten Silvios Tod durch ihr "provokantes Auftreten" mitverursacht.
Wie in Mölln und in Solingen wurde auch bei diesem Prozeß jeglicher politischer Hintergrund geleugnet, um so von der Verantwortung des Staates abzulenken. Der Staat betreibt eine Politik, die mit ihrer Asylhetze Nährboden für rassistische und faschistische Morde bereitet. Die Justiz unterstützt diese Politik, indem sie faschistische Gewalttaten systematisch entpolitisiert. Gleichzeitig soll der Schein von Gerechtigkeit durch die Strafverfolgung gewahrt werden.
Lassen wir uns nicht beschwichtigen!
Bekämpft die Mörder und die Brandstifter!
KEIN VERGEBEN - KEIN VERGESSEN !

KEINE NAZIPROPAGANDA IN PANKOW UND ANDERSWO !



Eine neue Welle rassistischer Anschläge rollt über Deutschland hinweg. Um neue Attentäter rekrutieren zu können, versuchen die Faschisten, neue Schichten sozial entwurzelter Jugendlicher zu erreichen. Ihre Propaganda ist größtenteils auf Jugendliche ausgerichtet. Eine wichtige Rolle spielt dabei rechte Musik. Die Faschisten benutzen diese Musik für ihre Zwecke, um Jugendliche gegen AsylbewerberInnen, AusländerInnen, Behinderte, sozial Schwache, uva., aufzuhetzen.

Wenn Jugendliche auf diese Art ersteinmal gewonnen wurden, versuchen die Nazis mit Hilfe ihrer Zeitungen, die rassistischen Vorurteile zu untermauern. Die Regierungen machen es ihnen leicht, indem sie z.B. nach jedem Anschlag betonten, wie wichtig eine Verschärfung der Asylgesetze wäre. Das Asylrecht wurde faktisch abgeschafft, und die Nazis feierten ihren Erfolg, indem sie wieder neue Schichten rekrutierten und neue Anschläge planten und durchzogen. Die Führung der SPD unterstützte diesen Prozeß aktiv, während die Führungen der Gewerkschaften durch Untätigkeit auftrumpften.

"NO REMORSE" ist ein Plattenladen in Berlin/Pankow, der Musik und Zeitungen von Nazis vertreibt. Teilweise unter-, teilweise auf dem Ladentisch gibt es faschistische Propaganda frei zu kaufen. In pseudodemokratische Hülsen gestopft gibt es keine rechtliche Handhabe gegen solches Material. Der Staat hat eben kein Interesse, so etwas zu unterbinden. Es gibt Hinweise, daß dieser Laden Kontakte zur FAP hat, in der bundesweiten Naziszene ist er jedenfalls bestens bekannt und hoch geschätzt. Trotzdem redet der SPD-Bürgermeister von Pankow davon, "rechtlich keine Möglichkeiten" gegen diesen Laden zu haben.

Keine Chance der Nazipropaganda! Weg mit "No Remorse"!

Wir waren und sind nicht der Meinung, daß wir uns solchen "Sachzwängen" unterordnen sollten. Wenn genügend Leute die Forderung nach dem Verschwinden dieses Plattenlades unterstützen und davor demonstrieren, ist es möglich, genügend Druck aufzubauen. Wir jedenfalls werden nicht länger zusehen, wie Jugendliche täglich in diese Propagandafalle tappen. **"No remorse" bedeutet "keine Gnade", nicht anders werden wir mit diesem und allen anderen solchen Läden verfahren!**



Kommt alle am 15. Oktober '93 um 17.00 Uhr zum U-Bhf. Pankow/Vinetastraße !

Wir werden dann vor "No Remorse" ziehen, um deutlich zu machen, daß wir den Verkauf rassistischen Hetzmaterials nicht dulden werden. Wir rufen vor allem die Pankowerinnen und Pankower auf, an diesem Tag den Kampf gegen die Nazis und ihre Propaganda zu beginnen.

Zu den Antifa-Aktionen gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch '93

Grundlage der diesjährigen Überlegungen war der Anspruch in einem breiterem Bündnis AntifaschistInnen zu Aktionen gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch zu mobilisieren. Daher sollten in Kulmbach und Weimar angemeldete Kundgebungen von 11-1800 stattfinden. Parallel dazu sollte zum Ort des faschistischen Aufmarsches gefahren werden, um diesen soweit wie möglich zu be- oder verhindern und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Diese beiden Aktionsformen sollten gleichrangig nebeneinander stehen und sich ergänzen, um vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihren Protest auf ihre Weise auszudrücken.

Die Kundgebung in Kulmbach wurde vom dortigen Landratsamt verboten, mit folgender Begründung: *Mit Telefax vom 10.8.93 meldete Herr Günter Kursawe, Kronach, eine Gegendemonstration an und erklärte am 12.8.93 die Absicht, sich bei einem Versammlungsverbot der anderen Kundgebung "anzuschließen". Wegen der nun nur und konkret drohenden Auseinandersetzung rechter mit linken Gruppierungen im Innenstadtbereich von Kulmbach wurden beide geplanten Versammlungen mit Bescheiden des Landratsamtes Kulmbach vom 12.8.93 mit sofort vollziehbarer Wirkung verboten.* Günter Kursawe ist eine lokale Fascho-Größe der Anti-Antifa.

Es herrschte vom 13.8.93, 000 bis zum 15.8.93, 2400 ein generelles Versammlungsverbot in Kulmbach. Der Anmelder der antifaschistischen Kundgebung in Kulmbach hat eine Klage gegen den Landratsamtsbeschluß eingereicht.

Auf den Anmelder der Kundgebung in Weimar wurde seitens des Staates und der Bullerei starker Druck ausgeübt, um ihn dazu zu bringen, seine Anmeldung zurückzuziehen. Um nur ein Beispiel für diese Art des Vorgehens zu nennen: dem Anmelder sollte glaubhaft gemacht werden, daß er persönlich mit seiner Rente für Sachschäden zu haften hätte. Ob denn seine Rente dafür reichen würde... Aber der Anmelder hat sich davon nicht beeindrucken lassen.

Abgesehen von diesen organisatorischen Problemen gab es Schwierigkeiten Bündnisse zu schließen, sowohl aus zeitlichen Gründen als auch wegen mangelnder Vorbereitung. Das Ziel, auf diesem Weg regionale Bündnisse zu schließen, wurde nur ansatzweise erreicht.

Zum Ablauf des Tages

Am Freitagabend wurde bekannt, daß die Faschos nach Bischofferode mobilisieren, um die Verbote für den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch zu umgehen, die für Sachsen, Bayern und Thüringen galten, kündigten sie eine Solidaritätskundgebung mit den Kalikumpeln an. Die Verbindung "soziale Verelendung und NS-Propaganda" wollten sie medienwirksam ausschlachten.

Entsprechend dem Konzept mobilisierten wir auch nach Bischofferode und nahmen gleichzeitig Kontakt mit der Streikleitung der Kalikumpel auf. Hierbei stellte sich heraus, daß die Bergleute schon zwei Tage vorher von den Bullen über die geplante Faschoaktion informiert worden waren, und sich ganz klar davon distanzierten. Einige AntifaschistInnen vor Ort verfassten Samstag vormittag eine gemeinsame Presseerklärung mit Kalikumpeln und überreichten, in Anwesenheit von Presse, eine Geldspende.

Mehrere Antifa-Konvois fuhren Samstag früh erstmal in Richtung Bischofferode. Unterwegs erreichte uns die Nachricht, daß Bischofferode von den Bullen total abgeriegelt worden war. Da Bischofferode komplett dicht war, kündigte Christian Worch eine Demo in Duderstadt an. Ca. 400 Antifas, die vor den Faschos in Duderstadt ankamen, besetzten den Ort und machten selbst eine Demo. Hier ging ein Teil unseres Konzeptes auf! Die Faschos trauten sich nicht mehr nach Duderstadt, sondern verteilten sich auf die umliegenden Dörfer, um sich dort neu zu koordinieren.

Ab Kassel befand sich der Faschokonvoi, neun Busse und viele Pkw mit mehreren FAP-Fahnen, in Geleitschutz der Bullen (im Sinne eines echten Schutzes!). Die Bullen bekamen die Anweisung Linke auszusieben und Pressefahrzeuge abzudrängen. Es wurde keine Verstärkung angefordert. Der Faschokonvoi wurde von einem Zuständigkeitsbereich der Bullen zum nächsten geleitet.

Aktionen von Antifas in Fulda

Auf dem Rastplatz Göttingen trafen sich fast alle Antifakonvois und erfuhren hier, daß die Faschos Fulda als Kundgebungsort ausgewählt hatten. Wir, inzwischen ca. 800 Antifas, nahmen die Verfolgung auf und trafen uns auf der Raststätte Großenmoor noch einmal, um geschlossen weiter nach Fulda zu fahren. Kurz vor Fulda wurden wir von zwei Bullenwannen abgebremst.Es kam zu einer kurzen Blockade der Autobahn. Dadurch konnten die Bullen die Ausfahrt Fulda dichtmachen und den Faschos wurde Zeit gegeben, ihren Aufmarsch durchzuführen. Aufgrund verschiedener Einschätzungen der Antifas war ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich. Als wir uns auf der Ausfahrt Fulda-Nord befanden, wurden wir erneut von den Bullen blockiert. Ein Teil der Antifas bildete Ketten auf der Abfahrt, das gleichzeitig stattfindende Deliplenum erhielt nur spärliche Infos aus Fulda. Hinzu kam, daß die Deligierten mit der Situation überfordert waren, und eine vernünftige Diskussion einfach nicht möglich war. Das Plenum konnte dadurch z.T. von lautstarken Außenstehenden dominiert werden. Es gab die Information, daß die Faschos nach Großenmoor fahren wollen, um von dort aus weitere Aktionen zu starten (zweiter Aufmarsch?). Hinzu kam die Fehlein-

schätzung, daß Fulda eine Bullenfalle sei. Deren Stärke wurde eindeutig überschätzt. Über eine Demonstration in Fulda wurde nicht weiter diskutiert. Das Bestreben, ein beliebiges Faschozentrum anzugreifen bzw. sich an Faschos auszutoben, war größer als das nach einem politischen Erfolg, nämlich eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen.
Wegen Lenkzeitenproblemen mußte der Südkonvoi die Heimreise antreten, während der Nordkonvoi weiter nach Großenmoor gurkte. Den Faschos wurde mal wieder von den Bullen Geleitschutz gewährt, dafür wurde nochmal die ganze Autobahn gesperrt, die Faschos wurden von ihren Freunden in grün gegen die Fahrtrichtung aus der Stadt geleitet. Der Geleitschutz wurde bis zur regionalen Auflösung des Faschokonvois gewährt.
Die Zusammenarbeit zwischen Faschos und Bullen funktionierte den ganzen Tag bestens.

Übrigens:

200 Nazis, die sich vor dem AVÖ-Laden von Althans in München zur Abfahrt eingefunden hatten, konnten mangels Bussen nicht abfahren. (Höhö)
Wir haben festgestellt, daß in Fulda hauptsächlich junge Faschos aus dem Westen der BRD sowie aus dem Ausland waren.
Die Presseresonanz war im Vergleich zum letzten Jahr erstaunlich groß, schließlich liefen in Rudolstadt 2500 Faschos und in Fulda "nur" 500! Dagegen wurde in den Medien nichts davon berichtet, daß ca. 2000 bis 2500 Antifas aktiv waren.

Zu Weimar

Die dort eingetroffenen Antifas wurden von den Bullen derart bedrängt, daß an eine Weiterfahrt nicht zu denken war. Auf ein massives Aufgebot von BGS-Bullen mit Hubschraubern, Wasserwerfern etc. wurde mit Witz reagiert: es wurde eine Polonaise durch und um die Bullen getanzt, die nachrückende Bulleneinheit wurde mit "Laurentia" und "La-Ola-Wellen" gefeiert. Dazu gibt es auch ein außerordentlich empfehlenswertes Video (Prädikat sehr wertvoll). Leider wurden die Antifas zur Heimfahrt mit Hubschrauberüberwachung gezwungen.

Zum Berliner Konvoi

Es fanden sich über 100 AntifschistInnen zu einem Konvoi zusammen. Bis kurz vor Bischofferode lief bundesweit und in unserem Konvoi die Koordinatin sehr gut. Auch der Informationsfluß mit MelderInnen funktionierte einwandfrei. Erst als der Konvoi durch eine Bullenkontrolle getrennt wurde, fing der Nerv an. Der Kontakt zu einem der MelderInnenfahrzeuge fiel aus, die Konvoikoordination konnte von uns auch nicht erreicht werden, desweiteren fielen zwei Funktelefone aus. Bis der Konvoi wieder komplett war, vergingen knapp zwei Stunden. Durch eine weitere technische Panne, gelang es uns nicht rechtzeitig, den bundesweiten Konvoi zu erwischen.
Trotz allem war die Stimmung im Konvoi immer noch super. Kritisch wurde es erst, als wir gegen 18°° in Göttingen ankamen, denn dort wurde klar, daß die BusfahrerInnen nicht in der Lage gewesen wären, noch nach Fulda zu fahren, obwohl es für jeden Bus zwei gab. Schweren Herzens wurde nach einem einstündigen Plenum die Rückfahrt beschlossen. Bis nach Berlin wurde dann jede Tanke/Raste angefahren, um wenigstens rückreisenden Faschos nicht die Möglichkeit zu geben, sich zu treffen.
Auch wenn der Frust für die Beteiligten sicherlich recht groß war, ist dies kein Grund aufzugeben! Wir denken, daß sich das ganze trotzallem gelohnt hat.

Geschrieben hat das Ganze ein Teil des bundesweiten Vor- und Nachbereitungsplenums.

Zu Arolsen

Es sitzen ca. 10 Antifas in U-Haft, die beschuldigt werden, den Vorsitzenden der Sauerländer Aktionsfront, Kubiack, lebensgefährlich verletzt zu haben. Nach unseren Informationen hat das Schwein sich niemals in Lebensgefahr befunden.

Einschätzung

Ein Teil unseres Vorhabens konnte erreicht werden: der Schulterschluß zwischen den Krawatten und Stiefelfaschos auf der Straße wurde verhindert. Die Zähigkeit und Kontinuierlichkeit, mit der bisher an der Verhinderung des Rudolf-Heß-Gedenkmarsches gearbeitet wurde, finden wir gut. Dranbleiben lohnt sich! Wir denken, daß unser Konzept nicht grundsätzlich falsch war, auch wenn es ausbaufähig ist.
Wir halten es für wahrscheinlich, daß es den Faschos nicht mehr wichtig ist, eine regionale Nähe zu Wunsiedel herzustellen, sondern ihnen grundsätzlich an der Durchführung einer solchen Großveranstaltung gelegen ist, egal wo. Das heißt für das nächste Jahr noch mehr Arbeit.
Unklar ist die Frage nach der Rolle von Worch, der als Obermacker des Rudolf-Heß-Gedenkmarsch fungierte, da er trotz seiner Profilierungssucht, kaum öffentlich in Erscheinung getreten ist. Es zeigte sich direkt im anschließenden Hamburger Wahlkampf der NL, daß er nach wie vor heiß auf große Auftritte ist.

Wer noch Informationen, Bilder oder sonstiges Material hat, schicke dies bitte an:

JUZI, Kennwort Wunsiedel
Bürgerstraße 40 (oder 44)

Göttingen (Postleidzahl selba suchen)

P.S.: Dies ist nur ein vorläufiger Bericht, es wird aller Wahrscheinlichkeit nach einen megadicken Wälzer mit turboschickem Layout und superscharfen Bildern geben (Schulterklopf).

An die Besucher aus Deutschland

Sehr geehrte(r) Unbekannte(r),

Sie befinden sich im Ausland, wahrscheinlich zum Urlaub oder Sie kaufen ein. Wir hoffen, Sie fühlen sich wohl.

Bald fahren Sie wieder zurück in die Bundesrepublik Deutschland. Dort geschehen momentan schreckliche Dinge. Rechtsextremistische Gruppen mißhandeln und ermorden sogenannte "Ausländer" und jeden, der sich "fremd" benimmt oder "fremd" aussieht: auch linke Menschen, Schwule/Lesben und Behinderte werden immer öfter Ziel des Hasses von Nazi-Skinheads und anderen Faschisten. Einen schrecklichen Höhepunkt bildeten die Pfingstfeiertage, als in Solingen fünf Menschen bei einem in Brand gesetzten Haus umkamen und anderswo in Deutschland Anschläge auf Gebäude mit "Fremden" verübt wurden.

Sie dürfen dies nicht länger hinnehmen. Wir sind gewillt zu glauben, daß die Aktionen lediglich von einer kleinen Minderheit der deutschen Bevölkerung gemacht werden. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die große Mehrheit es geschehen läßt. Sie haben jetzt keine Wahl mehr, auch wenn Sie immer geglaubt haben, daß Sie nichts mit Aktivismus und Politik zu tun haben möchten. Sie müssen dafür sorgen, daß die Faschisten nicht noch weiter aufmarschieren können. Um Ihrer Mitmenschen und Ihrer selbst willen.

In Polen entsteht zur Zeit eine antideutsche Stimmung. Manchmal werden sogar deutsche Besucher angegriffen oder ihre Autos werden beschädigt. Wir billigen solche willkürlichen Reaktionen nicht. Wir wissen, daß es auch "gute" Deutsche gibt, die wir gerne bei uns als Gäste haben möchten. Es wird jedoch immer verständlicher, daß Menschen in Polen vor dieser Entwicklung im Nachbarland Angst haben. Den deutschen Überfall von 1939 will und kann niemand hier vergessen. Und auch in Polen gibt es rechtsextremistische Gruppen, die jeden Tag stärker werden. Die Gewalt dieser Gruppierungen richtet sich Ausländer und Minderheiten, auch gegen deutsche Touristen.

In Deutschland sind viele Leute mit antifaschistischer Arbeit beschäftigt. Wir rufen Sie dazu auf, auch daran teilzunehmen. Gehen Sie zu Demonstrationen, Veranstaltungen oder Störungen von faschistischen Treffen. Unterstützen Sie praktisch und finanziell die antifaschistischen Organisationen. Helfen Sie mit, antifaschistische Zeitungen, Bücher, Plakate o.ä. unter die Leute zu bringen. Und das wichtigste: Greifen Sie ein, wenn Sie in ihrem täglichen Alltag rassistische oder faschistische Vorfälle miterleben. Wenn die "Umstehenden" Ihre Angst oder Gleichgültigkeit abwerfen, sind die Faschisten machtlos! Zeigen Sie auch in Ihrem Alltag, daß Sie gegen die Nazis sind. Schweigen Sie nicht, wenn Sie rassistische Sprüche hören. Jeder Mensch ist gleich viel wert, egal ob er aus Deutschland, Polen oder Afrika kommt!

Solidarität ist die einzige Möglichkeit, den Faschismus zu bekämpfen!

Anty Nazi Front P.O. Box 771 50-900 Wroclaw 2

Neues über die Kriminalisierung von Antifas in Nordhessen

(üny). Wie bereits in der göDru Nr. 120 in einer Erklärung der Roten Hilfe Göttingen geschrieben wurde, kam es zwischen dem 16. und 19. August in Arolsen (Nordhessen) und Umgebung zu einer größeren Festnahmewelle gegen AntifaschistInnen.
Vorwand für diese Festnahmen war eine Auseinandersetzung zwischen autonomen Antifas und einigen Neonazis am Morgen des 14. Augusts in der Nähe von Arolsen. Die Neonazis befanden sich auf dem Weg zum Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch (der letztlich in Fulda stattfand), als sie von einigen Antifas angegriffen wurden. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde Thomas Kubiak, führender Funktionär der "Sauerländer Aktionsfront", mittlerweile in "Nationale Jugend" umbenannt, verletzt.
Anfangs behauptete die Polizei, daß Kubiak eine lebensgefährliche Schädelverletzung hätte, was sich mittlerweile als falsch erwiesen hat. Aber eine derartige Falschmeldung paßt durchaus in die ab dem 16. August stattfindende Medienhetze gegen die Festgenommenen in der Arolser Gegend. Die dortigen Medien machten sich vor allem zum Sprachrohr von Staatsanwaltschaft und Polizei. Mit dieser Medienhetze wurde und wird versucht, die einsetzende Kriminalisierung der dortigen Antifa-Szene zu rechtfertigen und propagandistisch zu begleiten.
Die Polizei versucht, mit der obigen Antifa-Aktion als Aufhänger, die dortige (bis zu dem Zeitpunkt) aktive Linke zu zerschlagen. Die Festgenommenen wurden bei Verhören massiv unter Druck gesetzt. Es kam dabei zu Aussagen von Festgenommenen, die zu weiteren Festnahmen führten. Insgesamt wurden mindestens 12 Leute in Untersuchungshaft gesteckt, von denen Anfang September noch 10 im Knast saßen (s. auch unten). Anfangs saßen alle im Kassel im selben Knast. Da es dort während des Hofgangs aber zu Kontakten unter den Festgenommenen kam, wurden sie alle in unterschiedliche hessische Knäste verlegt. Jegliche Solidarisierung bzw. Absprachen unter den Verhafteten sollte verhindert werden. Mittlerweile sind 5 weitere Antifas freigelassen worden (entgegen anders lautenden Gerüchten *ohne* Kaution). Die restlichen werden demnächst neue Haftprüfungstermine haben, wobei die Wahrscheinlichkeit relativ groß ist, daß zumindest 4 weitere Antifas freigelassen werden. Bei einem ist nicht sicher, ob die Staatsanwaltschaft ihm nicht sogenannte "Rädelsführerschaft" anhängen möchte. Nach zwei weiteren Personen wird nach wie vor mit Haftbefehl gefahndet.
Der anfangs erhobene Vorwurf der "Mittäterschaft an versuchtem gemeinschaftlichem Totschlag und schwerem Landfriedensbruch" wurde ebenfalls fallen gelassen und in den Vorwurf der "schweren Körperverletzung" umgewandelt.
Was die Geschehnisse in Arolsen und Umgebung (mal wieder) aufzeigen, ist, daß "der Feind" für diesen Staat letztendlich immer links steht. Für die politisch Verantwortlichen des Staates (sei es auf Bundes-, Landes-, Kreis-, ... Ebene) ist radikalerer linker Widerstand nicht erwünscht. Entsprechend versuchen sie, wo es nur geht, ihn zu kriminalisieren, zu zerschlagen, zu spalten, zu isolieren oder notfalls zu integrieren (von wegen Deeskalationsstrategie).
Weiterhin wird deutlich, daß bei Festnahmen gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft nur eines sicher ist: nämlich nix sagen und Aussage verweigern. Aber der allgemeine Umgang in der Linken mit dem Thema Knast, Repression, Aussageverweigerung ist nach wie vor eher durch Oberflächlichkeit und Verdrängung gekennzeichnet als durch Kontinuität in der Auseinandersetzung. Und das ist sicherlich kein Problem von ausschließlich jüngeren, "unerfahreneren" Antifas, sondern genause von "ach so erfahrenen", die "ach so ewig" dabei sind. Es ist ein Problem, das uns alle betrifft. Niemand sollte die Situation, wenn er/sie der Polizei nach Festnahmen alleine gegenüber sitzt, unterschätzen. In diesem Sinnen: "Anna und Arthur halten immer noch das das Maul".
P.S.: Die Gefangenen benötigen u.a. noch jede Menge Geld!
SoliKonto: T. Werther, Konto 101 800 99, SK Marburg-Biedenkopf, BLZ 533 500 00. ❑

Nationalismus und Revolte

Folgende Schlagzeilen waren in den Wochen nach dem Solinger Anschlag, bei dem fünf Türkinnen ums Leben kamen, in allen Zeitungen zu lesen: "Türkische Rechtsextremisten und Autonome demolieren Solinger Innenstadt", "Rechtsgerichtete türkische Jugendliche randalieren", "Krawalle zwischen rechten und linken Türken". Auch von linksradikaler Seite unterschieden sich einige Veröffentlichungen dazu wenig: "von türkischen Faschisten geschürte Krawalle....Der Staat und die Polizeiführung haben die Krawalle gewollt" so die Autome Infogruppe Solingen.
Die Randale in der Solinger Innenstadt und auch in anderen Städten, die nach den Solinger Morden losbrach, beherrschte die Medien. Die Hetze gegen die, die ihrer Wut Luft gemacht hatten, lief auf vollen Touren. "*Da sind Rädelsführer dabei, die darauf aus sind das friedliche Zusammenleben der Deutschen und Türken zu stören. Ich hoffe, daß wir genügend Beweise haben, und den Tätern, die hier als Rädelsführer, als Aufheizer, oder auch als Gewalttäter aufgetreten sind, ihre Straftaten nachzuweisen, und dann werde ich sie unerbittlich ausweisen.*" so NRW-Innenminister SCHNOOR.
Anfangs war in den Zeitungen noch die Rede von türkischen Jugendlichen und deutschen Autonomen, die die Randale angezettelt hätten. Im Kölner Stadtanzeiger wurde gar vor einer "gefährlichen Allianz" zwischen linksradikalen Autonomen und unpolitischen türkischen Jugendlichen im Köln/Bonner Raum, die auf alle Rechten, sowohl deutsche als auch türkische, losgehen würden, gewarnt. Kurz später änderte sich jedoch die Berichterstattung. Immer mehr wurden die Auseinandersetzungen als Werk türkischer Faschisten bzw. rechtsgerichteter türkischer Jugendlicher dargestellt. Viele Auseinandersetzungen wurden auch nur als Randale zwischen rechten und linken Türken beschrieben. Inwieweit dies jedoch an den tatsächlichen Ereignissen vorbeiging, sei hier an ein paar Beispielen aufgezeigt. So wurde z.B. in Köln die Scherbendemo nach der Trauerfeier als Werk rechtsgerichteter türkischer Jugendlicher dargestellt. Die tatsächliche Zusammensetzung der Akteure war jedoch eine andere. Von türkischen Faschisten, vielen unpolitischen Jugendgangs, bis hin zu vielen Schüler/innen aus den Kölner Schulen (siehe auch Krass-Chronologie vom 3.6.). Ebenso wurde kurz später im Stadtanzeiger von Schlägereien zwischen rechten und linken Türken auf der Demo gegen die Deutsche Liga am 9.6.93 berichtet. Die festgenommenen türkischen Jugendlichen wurden allesamt als rechtsgerichtet bezeichnet. Auch hier sah die Realität anders aus. Die zitierten Schlägereien hat es nie gegeben und die einzigen handfesten Auseinandersetzungen die es gab, waren die mit wildgewordenen SEK-Einheiten. Und die festgenommenen türkischen Jugendlichen waren sozusagen alle türkischen Jugendlichen, derer die Polizei habhaft werden konnte. Gruppen von mehr als 3 türkischen Jugendlichen in der Innenstadt wurden kontrolliert und bei der kleinsten Kleinigkeit festgenommen.
Auch die Berichterstattung zu der Großdemo in Solingen eine Woche nach dem Anschlag ging in dieselbe Richtung. Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Türken hätten die Polizei dazu gezwungen, einzugreifen. Tatsächlich fing die Polizei auf der Abschlußkundgebung ohne Grund und Vorwarnung damit an, Jagd auf einzelne Autonome zu machen und löste damit die Auseinandersetzungen aus. Diese skandalöse Provokation wurde bei der späteren Berichterstattung unter den Teppich gekehrt. Zu den Fernsehbildern, die Auseinandersetzungen zwischen Autonomem und der Polizei zeigten, wurden die Zuschauer für blöd verkauft und es war nur die Rede von Schlägereien zwischen rechten und linken Türken. Die Berichterstattung zu den Demos in Hamburg, wo es zu größeren Auseinandersetzungen gekommen war, ist ebenfalls ähnlich.

Unsere Kontaktadresse: KRASS c/o Antifa-Cafe, Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln

Mit diesen Ausführungen will ich keinesfalls die Rolle, die fundamentalistische und faschistische türkische Gruppen hatten, verleugnen. Besonders in Solingen waren straff organisierte Gruppen von Fundamentalisten von Mili Görüscüler und Faschisten der Bozkurt (Grauen Wölfe) aktiv. Sie griffen mehrmals linke türkische Gruppen an und waren sicherlich spätestens ab der 2.Nacht bei der Randale in der Innenstadt eine treibende Kraft. Auch bei der Scherbendemo in Köln liefen viele Jugendliche mit dem Gruß der Grauen Wölfe herum. Es war sicherlich auch kein Zufall, daß ein paar Tage später der linke türkische Arbeiterverein DIDF auf der Venloer Straße Ziel eines Angriffes von türkischen Faschisten war. Ihre Gefährlichkeit hatten die Grauen Wölfe ja auch schon im letzten Jahr nach dem Mordanschlag von Mölln bewiesen. Schon damals gingen sie militant gegen linke türkische Gruppen vor.
Aber trotzdem kann die Berichterstattung in den Medien, in denen ständig nur noch von rechtsgerichteten türkischen Jugendlichen die Rede war, nur als gezielte Desinformationspolitik bezeichnet werden.
Aber was sind die Gründe und vor allem die Auswirkungen dieser Hervorhebung rechter Türken in den Medien? Es entstand dadurch eine Stimmung, in der eine Identifizierung der türkischen Linken und auch vieler deutscher AntifaschistInnen mit dem Handeln der türkischen Kids nicht mehr möglich war. Die regelrecht herbeigeredeten Auseinandersetzungen mit rechten Türken führten dazu, daß viele Leute den Demos fernblieben. Bestes Beispiel dafür ist die schon erwähnte Solinger Großdemo, zu der statt der erwarteten 50.000, nur gut 10.000 Menschen kamen. Die Wut vieler türkischer (kurdischer,arabischer,jugoslawischer....) Jugendlicher über den Rassismus hier und die immer alltäglicher werdenden Übergriffe und Überfälle sitzt tief. So tief, daß sie wie ein Vulkan explodierte. Auch bei vielen anderen deutschen Jugendlichen sitzt die Wut ähnlich tief. Dadurch, daß die Auseinandersetzungen in Solingen aber in diese rechte türkische Ecke geschoben wurden, kam es kaum zu einem gemeinsamen Handeln. Die im Stadtanzeiger befürchtete "Allianz" zwischen deutschen Linksradikalen und türkischen Jugendlichen fand nicht statt. Bei der Linken liegen die Gründe dafür wohl auch in einem tiefen Nichtverständniss des sozialen Prozeßes, den die türkischen Kids der 2. und 3.Generation hier in den letzten Jahren durchgemacht haben.

Türkische Kids wehren sich schon lange

Anlässe für die deutsche Linke sich mit den Kids auseinanderzusetzen, hatte es in letzten Jahren aber genug gegeben. 1986 wurde in Hamburg der Türke Ramazan Avci von Skins erschlagen. Dies löste eine große Mobilisierung unter den damals existenten Jugendbanden und in den Schulen aus. Tausende gingen auf die Straße. Viele Jugendgangs (damals sehr gemischt deutsch/türkisch/jugoslawisch ...) schlossen sich zusammen, um ihr Viertel nazifrei zu halten. Aus einem Kommentar von Eberhard Pieper in der TAZ zu den türkischen Gangs:" *Mit entschlossener Militanz hielten sie den Borsigplatz in Dortmund, Berlin-Wedding oder das Frankfurter Gallusviertel.. Skinhead- und Nazifrei*".
Auch in Köln gab es jenen denkwürdigen Tag Weiberfastnacht 86, als hunderte türkische Kids (Jungen) vorm Bahnhof auf Skins warteten, die hier ein Treffen veranstalten wollten. Jede/r, der wenigen dort anwesenden deutschen AntifaschistInnen, wird sich wahrscheinlich immer noch mit Bedauern daran erinnern, daß die Skins an diesem Tag nicht auftauchten. Seitdem waren auf vielen antifaschistischen Mobilisierungen in Köln immer wieder türkische Kids aus den Gangs (fast nur Jungen) und aus den Schulen (Jungen und Mädchen) anwesend. Und gerade auf sie stürzten sich die Greiftrupps der Bullen mit Vorliebe. Die "gefährliche Allianz" wohl ahnend, nahmen sie die türkischen Kids ständig fest.
Auch an Punkten, wo es für die Linke nicht so deutlich war, organisierten sich Jugendgangs gegen Nazis. So wollten kurz nach dem Anschlag in Mölln eine Gruppe von 150 türkischen Kids die Kneipe Al Capone in Köln-Dellbrück stürmen, weil sie dort Nazis vermuteten. Da diese jedoch nicht anwesend waren, die Polizei dafür um so mehr, kam dies nicht zu Stande. Als 1990 die Antifa eine Kampagne gegen die Naziübergriffe im Viertel um den Zülpicher Platz machte, begegnete mensch auffallend oft türkischen Gangs in der Nähe der damaligen Nazikneipe "Grünspan". Auch in anderen Städten tauchten türkische Kids immer wieder in der Öffenlichkeit auf. Bei der traditionellen 1.Mai Randale in Berlin oder bei selbstorganisierten Aktionen zum 20 April (Hitlers Geburtstag). Die große Beteiligung der türkischen Kids an den Demos gegen den Golfkrieg war ebenfalls nicht zu übersehen. Gelegenheiten voneinander Notiz zu nehmen, gab es also genug. Teilweise wurden auch engere Kontakte geknüpft, wie z.B. bei der

Brutale Festnahme eines Jugendlichen am 9.6. in Köln

Besetzung eines Hauses in der Mülheimer Keupstr., die von vielen türkischen Anwohner/innen unterstützt wurde. Doch insgesamt standen die Widerspruche zu ihnen oft im Vordergrund. Die Mackerhaftigkeit vieler Gangs, in denen Mädchen -wenn überhaupt-, dann nur als Statistinnen auftauchen. Die oftmalige Nichtexistenz von türkischen Mädchen/ Frauen in der Öffentlichkeit, aber einfach auch die unterschiedliche Kultur und vor allem Lebenssituation waren dafür Ursachen. Dazu kommt natürlich die Vorliebe der Linken, in den eigenen Kreisen zu verkehren.
Wenn dieses aber wie nach Solingen, dazu führt, die türkischen Kids allesamt als rechtsgerichtet und eher auf der anderen Seite der Barrikade stehend anzusehen, ist dies fatal. Die türkischen Kids, die ihre Wut herausschreien tun dies sicherlich nicht in unseren linken Mustern. Keine Frage, daß die Wut der Kids ziemlich ungezielt ist und auch an kleinen Imbissen und Läden ausgelassen wird.
Auch das Mitführen der türkischen Fahne kann Bauchschmerzen verursachen, ist jedoch sicherlich kein Grund, die türkischen Kids mit Rechtsextremisten gleichzusetzen. Dazu aus einem in der Stadtrevue erschienen Zitat eines palästinensischen Jugendlichen aus Hamburg: "*Ich weiß nicht, wie man nicht erkennen kann, daß die türkische Flagge ... mehr ein Symbol des Widerstandes als ein Symbol von Nationalismus ist. Seit Jahrzenten werden Ausländer von Deutschen wie Scheiße behandelt. Macht die Augen auf! Ausländische Jugendliche tragen auch Malcolm-X-Zeichen und sind nicht unbedingt schwarz... Es ist alles nur ein Symbol des Widerstandes gegen Unterdrückung. Und Unterdückung gibt es hier genug.*"
Natürlich haben dies nationalistische/ faschistische Kräfte versucht auszunutzen. Ganz gezielt michten sie sich ein. Dies wurde ihnen aber vielfach auch durch die Abwesenheit der türkischen und auch deutschen Linken ermöglicht. Die türkischen Kids sind in ihren Aktionen genau in diesem Spannungsfeld zwischen sozialer Revolte und nationalistischer Orientierung. Zum Schluß noch einmal ein Zitat aus der Stadtrevue von einem türkischen Sozialarbeiter: "*Die Jugendlichen werden nicht warten und gucken, was die Linke sagt, sondern sie werden auf die Straße gehen und dann sind sie mit denen da, die da sind....*".

(Für die Antifa-Seiten)

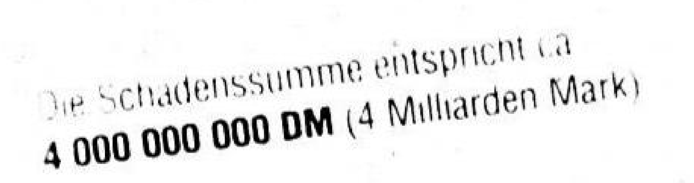
Am Samstag, 18.9., fand parallel zur Anti-Olympia-Demo ein Fußballspiel der Wiking-Jugend in Spandau statt. Dies war Antifa-Strukturen 3 Wochen zuvor bekannt. Einige Gruppen zogen die "Mobilisierung" dagegen an sich. Bereits nach dem 1. Treffen blieben die meisten Leute den Vorbereitungstreffen fern, da sie reichlich abgenervt waren vom Anspruch dieser Gruppen, alles alleine und absolut konspimäßig vorbereiten zu wollen. Das Ergebnis war, daß die Wiking-Jugend unter Bullenschutz ihr Fußball-Match durchziehn konnte und höchstens 30 Antifas ziemlich verloren in der Gegend rumstanden. Einige wurden abgegriffen und haben jetzt z.T. Ermittlungsverfahren am Hals.
Da bis heute nichts dazu in der Interim stand, möchten wir die betreffenden Antifas dazu auffordern, endlich Mal Stellung dazu zu nehmen, was sie sich zu ihrer Art der "Mobilisierung" eigentlich gedacht oder besser nicht gedacht haben.

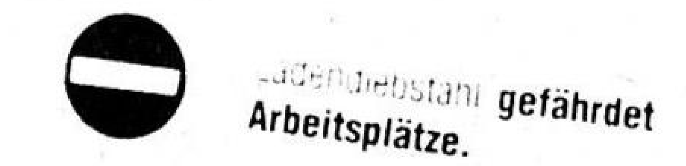
Einige wütende Antifas

LADENDIEBSTAHL trifft uns alle hart!



Anstieg der Ladendiebstähle um 13,1%.





MITMACHEN - MITGEWINNEN

Wenn Sie eine Reise nach New York gewinnen wollen, müssen Sie nur noch die oben aufgeführten Fragen beantworten.
Tragen Sie bitte Name, Anschrift und Tel.-Nr. ein, und ab geht die Post; oder den Handzettel in die Gewinnboxen im Eingangsbereich einwerfen

1.Preis
Ein Wochenende für 2 Personen in New York
2. Preis
Ein Marken-Camera-Recorder
3. Preis
Ein Mountain-Bike
4.-100. Preis:
Je eine CD
Einsendeschluß 15.10.1993 (Datum des Poststempels)

Gesamtverband des Einzelhandels Land Berlin e.V.
Kurfürstendamm 32, 10719 Berlin

Teilnahmebedingungen:

Mitmachen können alle, die gewinnen möchten - ausgenommen die Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen und Verbände.
Die Gewinner werden ausgelost und schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinne können nicht ausgezahlt werden.

Meine Adresse (in Druckbuchstaben)

Name ____________________

Vorname: ____________________

Straße: ____________________

PLZ/Ort: ____________________

Tel.: ____________________

KUNDENBEFRAGUNG ZUM THEMA LADENDIEBSTAHL

1. Interessiert Sie die Problematik Ladendiebstahl? Ja ☐ Nein ☐

2. Wie bewerten Sie folgende Maßnahmen?

	positiv	negativ
Einsatz von Detektiven	☐	☐
Einsatz uniformierter Aufsichtskräfte	☐	☐
Einsatz von Kameras	☐	☐
Einsatz von Alarmanlagen	☐	☐
Einsatz von Hinweisschildern	☐	☐

3. Der Berliner und Brandenburgische Einzelhandel führt eine Aufklärungsaktion durch, um den Ladendiebstahl zu verhindern.
   ☐ finde ich gut
   ☐ interessiert mich nicht
   ☐ finde ich sinnlos

4. Was sollte Ihrer Meinung nach der Einzelhandel tun?

Gemeinheit

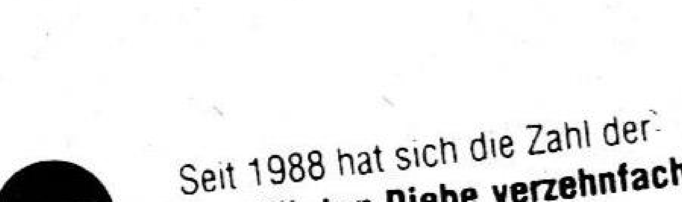
Ausgerechnet bei einem Seminar zum Thema «Wie verhindere ich einen Diebstahl?» wurden in Karlsruhe 40 Filialleiter einer Lebensmittelkette ausgeplündert: In der Mittagspause hatten sie im Seminarraum Handtaschen und Jakken unbeaufsichtigt gelassen. Wie die Polizei bestätigte, fehlten dann Bargeld, Papiere und ein Auto «im Gesamtwert von rund 12.000 DM». Immerhin scheint das Auto – gemessen an der ganzen Beute – also nur alt oder sehr klein gewesen zu sein.

Wir möchten Ihr **sympathischer Partner** bleiben und unseren Kunden ein angenehmes Kauferlebnis bieten.

UNSER PARTNER IST DER EHRLICHE KUNDE.



Jede 10. Straftat in Deutschland ist ein **Ladendiebstahl.**



Zu WILD CAT "Das Proletariat kehrt zurück" und "Scheißintellektuelle" (Interim 255)

Immer wenn Karl Hein Roth mit seinen Analysen in die "linke Debatte" eingreift haben die Kaffeesatzleser Hochsaison. Sicherlich sind seine geistigen Höhenflüge und Rundumschläge nie genau, nie ausreichend, nicht verständlich.....
Wer sich solchen Texten in intelektuellen"feindlicher" oder seminarmarxistischer Manier nähert ist selber schuld. Nichts gegen Seminarmarxismus und auch nichts gegen Leute, die klarere Texte und Thesen einfordern.
Roth`s Bedeutung liegt eben gerade darin, daß er furios, zielsicher und mit einer schon fast autoritären Selbstsicherheit Seine - logischerweise begrenzte - Sicht der Dinge darlegt.
Anstatt den Text wie einen Primaneraufsatz zu studieren, empfehle ich, sich von diesem Text zu eigenen Gedanken und Einschätzungen anregen zu lassen. Wenn die WILD CAT - Menschen schon selber schreiben, daß der analytische Teil die Faszination nicht erklären kann, dann sollten sie sich bitte auch selbst daran halten, und nicht überflüssige Wortklauberei betreiben.
Den Vorschlag, daß sich "LINKE" in "Proletarischen Zirkeln" zum Diskussionsaustausch bzw. zur Koordination zusammenschließen sollten, wird von der WILD CAT mit wenigen Zeilen abgehakt. Nach deren Einschätzung gibt es keine BASIS mit "linker Ideologie", wo wirkliche Lernprozesse und Erfahrungen gemacht werden. Mir sträuben sich die Haare beim Lesen dieser Zeilen. Für wen ist denn Eure Zeitung, ihr oberschlauen Verfasserinnen?? Ihr traut Euch und vielen anderen ohne "eine fundierte Analyse der wirklichen Klassenzusammensetzung" offensichtlich ggerade mal den Weg zum nächsten Bücherschrank.
Es gibt ne Menge Menschen, die in irgendeiner Form BASIS-Politik mit "linker Ideologie" machen, ohne sich von Parteigründern und intelektuellen Verzögerern stören zu lassen.
Wenn in der Überschrift vom Aufsatz K.H.Roths von der "Angst der Linken" die Rede ist, so wird die Angst der Linken-Subkultur im Artikel der WILD CAT deutlich. Eine offene Debatte könnte ja blamabel sein!
Aber warum die eigene Angst vor dem Nicht-Wissen, vor der eventuell notwendigen Handlungskonsequenzen nicht zugeben, bzw genauer beschreiben und damit trotzdem die notwendige öffentliche Debatte führen.
Ich schreibe dies nicht aus der Sicht eines potentiellen Parteigründers. Ich kenne viele Versuche in den letzten 20 Jahren, wo bei diversen Palavern, Plenas, Räten also:. "Öffentlichen Klärungsversuchen" die Parteien und -Gründer störten. Aber diese Kreise hatten immer nur dann Erfolg, wenn die Luft aus diesen Gremien eh schon 'raus war.
Im Gegensatz zur WILD CAT halte ich den Vorschlag Roth's für zeitgemäß und wünsche mir, daß neben der INTERIM (nur schriftlich) mit ähnlichen Kriterien in Berlin auch life/spontan/vorbereitet aber VERBAL und diskutiert wird. (Parteien u.ä. machen ihren eigenen Kram;).

Wer traut sich den ersten Schritt zu machen?

"Die größte Straßenschlacht in der Geschichte Monacos"

-ein berliner Besuch im Fürstentum-

Bereits am Sonntagabend, also noch fünf Tage vor der Entscheidung des IOC, über welche Stadt es im Jahre 2000 herzufallen gedenken würde, wurden sieben Menschen, die in Monte Carlo spazierengingen oder -fuhren verhaftet und rund 24 Stunden zur Überprüfung der Personalien eingesperrt. Außer des üblichen Psychoterrors im Knast, daß die Bullen nicht verraten, was eigentlich los sei und wie lange es dauern würde (schließlich wars noch fast ne Woche bis zum 23.Sept.), waren die Bullen nicht besonders brutal. Die Leute wurden, wie alle anderen festgenommenen BerlinerInnen später auch, auf Lebenszeit aus Monaco ausgewiesen mit der Begründung, daß sie ja schon mal Ärger mit der Bullerei in Berlin gehabt hätten. Allerdings haben sie das auch bei Leuten behauptet, die noch nie beim Schwarzfahren, Klauen oder Demonstrieren erwischt wurden.

TALENTE BERLIN 2000

Daß Heckelmann also illegal Daten übermittelt hat, ist offensichtlich. Mindestens einem Festgenommenen wurde die Liste aller seiner offenen und abgeschlossenen Verfahren vorgelegt, die er den Bullen auch noch übersetzen sollte, obwohl 11 Berliner Bullen in Monaco weilten. Bei Mißachtung der Ausweisung drohen bis zu 3 Jahren Knast, aber es wurde anheimgestellt, beim Fürsten in ein oder zwei Jahren um Begnadigung zu bitten.

Am Dienstag sollte eine Pressekonferenz wegen der Festnahmen stattfinden, die aber leider ausfiel, so daß nur noch die Presseerklärung verteilt wurde.



Am Mittwoch begann dann der Nolympische Tag: Bereits am frühen Morgen spielten einige BerlinerInnen Hase und Igel am Flughafen von Nizza und waren schon da, bevor die Jubelberliners samt Diepgen, Nawrocki und Konsorten (bauch)landeten. Sie wurden mit Spruchbändern, Pfeifen und Parolen empfangen, und einige Flugis wedelten um ihre feisten Fressen. Die Bullen griffen sofort zu, und die zahlreich erschienene Presse hatte ein paar nette Abgreiffotos mehr. Hinterher besuchte der nun arbeitslose Nawrocki persönlich den Flughafenoberbullen. Vielleicht hatte der ihm ja die Liste überreicht, mit der die Ausweise der Aktiven verglichen wurden und die angeblich "nicht von der Polizei kam". (Bln.Ztg.28.9.93)

Am Nachmittag störten dann mehrere Frauen die Jubeldarbietungen der berliner Olympia GmbH. Auch sie wurden inhaftiert und mit ihnen noch etliche weitere Touris und GafferInnen. Desweiteren ist eine kurzzeitige Straßenblockade mit Verteilen frz/engl. Flugblätter an der Grenze zu Monaco versucht worden.



Gegen halb acht stieg dann auf dem zentralen Platz von Monaco, kurz bevor die IOCler ihr Hotel zum Ballett verlassen wollten, die "größte Straßenschlacht in der Geschichte Monacos" (frz.Presse), an der über 30 Leute mitmischten. Die "Profidemonstranten" (FAZ) (die sahen alle aber auch wirklich superschick aus!,d.säzzer) entrollten radikal antiolympische Transpis, warfen Spuckis und Flugis in die Dämmerung sowie Farbeier und verbreiteten so ein Chaos, mit dem die Bullen eine halbe Stunde beschäftigt waren, weils an anderer Ecke immer wieder neu losging. Die griffen dann alle ab, die sie nur unter die Finger kriegten und rächten sich an ihnen mit üblen Schikanen im Knast: Kein Essen, kein Trinken, kein Klo, Hitlergrüße und offen faschistische Sprüche wie: "Wenn ihr einen Arzt wollt (es gab zwei Verletzte), können wir euch gern Dr. Mengele besorgen". Als die Eingeknasteten wegen der Schikanen langanhaltenden Protestlärm anschlugen, wurden ihnen die Schuhe weggenommen mit den Worten: "Wenn ihr nicht gleich ruhig seid, geben wir euch mit dem Feuerlöscher zu saufen!"

Die letzten kamen erst Donnerstag Nacht nach der Entscheidung raus.

Kurz vor der Abstimmung am Donnerstag protestierte eine weitere größere Gruppe aus Berlin direkt vor dem Kongreßzentrum.



Nach erster Einschätzung waren die Aktionen in und um Monaco die letzten kräftigen Tropfen, die das Olympia-faß zum Überlaufen brachten. Ein schweizer IOC-Mitglied sagte am Mittwoch Abend, daß Berlin nun auf seine Präsentatrion verzichten sollte. Es hat sie halt tierisch genervt, daß sie selbst in ihrem Hochsicherheitskaff keine Ruhe vor GegnerInnen hatten.

Darüberhinaus war die Stimmung durch die Presse und die viele unnette Post

aus Berlin derart angespannt, daß den IOC-Bonzen schon beim kleinsten Pups, der nach Anti duften könnte, das Herz in die Hose rutschte. Einige dachten allen Ernstes, daß die Böller scharfe Geschosse gewesen wären!
Das ganze hatte die berliner und deutsche Blamage so perfekt gemacht. Die Reise von knapp 100 Leuten hatte sich gelohnt, zumal auch das Wetter und Meer sehr schön waren.

Scheiße war, daß sich kein Anwalt um die Arrestierten kümmerte, daß einigen nicht klar war, welche Aussagen mensch zur Person geben muß und daß die Gesetzeslage trotz vorheriger Bemühungen ziemlich unklar war, daß das einzige Flugi, das da war, mehr als reformistisch war (falscher Ort zur falschen Zeit) ... Trotzdem ist das vorbereitete Konzept im wesentlichen aufgegangen.
Zum Schluß noch zwei Merkwürdigkeiten: Noch bevor NolympionikInnen auf dem vereinbarten italienischen Zeltplatz und Treffpunkt ankamen, campierten dort zwei berliner Zivis mit monegassischem Motorad, die sich aber bald verpißten, nachdem erstere vorläufig gegangen waren. Es wurden ständig Leute verfolgt und beobachtet. Ein berliner Auto, das in einer italienischen Grenzstadt geparkt war, wurde geknackt, Flugis wurden entwendet und die Pässe beschnüffelt - sonst nichts. Alle Repression zusammen zeigt, was Festung Europa nch innen bedeutet.

Allgemeines Kurzfazit: Eine Bewegung von unten, in der Autonome und andere Linksradikale mit ReformistInnen erfolgreich zusammenarbeiteten, hat mit Breite und Militanz ein Projekt der Herschenden, und zwar ein wesentliches, mit verhindert. Nicht mehr und nicht weniger. Dieser Erfolg sollte Auftrieb für zukünftigen sozialen Widerstand geben. Zum Beispiel gegen die Entwicklung Berlins zur Hauptstadt Grossdeutschlands und menschenfeindliche kapitalistische Dienstleistungsmetropole.

Den revolutionären Widerstand organisieren!
Figth the Power!

Ost/West Bündnis "Auf nach Monaco!"

UNSA
BERLIN 2000

DIE ASTRA-OLYMP... Schade...
OLYMPIA 2000 findet in Sydney statt. Wir gratulieren.
12 OLYMPIA ASTRA Caravan,
24.000,-
HETZER
320 90 60
OPEL
Berlin-Charlottenburg, Knobelsdorffstr. 63, Stadtautobahn, wo das Auto blinkt

WIR GEBEN GAS FÜR BERLIN 2000
ruhrgas



Zum selben Thema erhielten wir ein BekennerInnen-schreiben, das wir im folgenden dokumentieren:

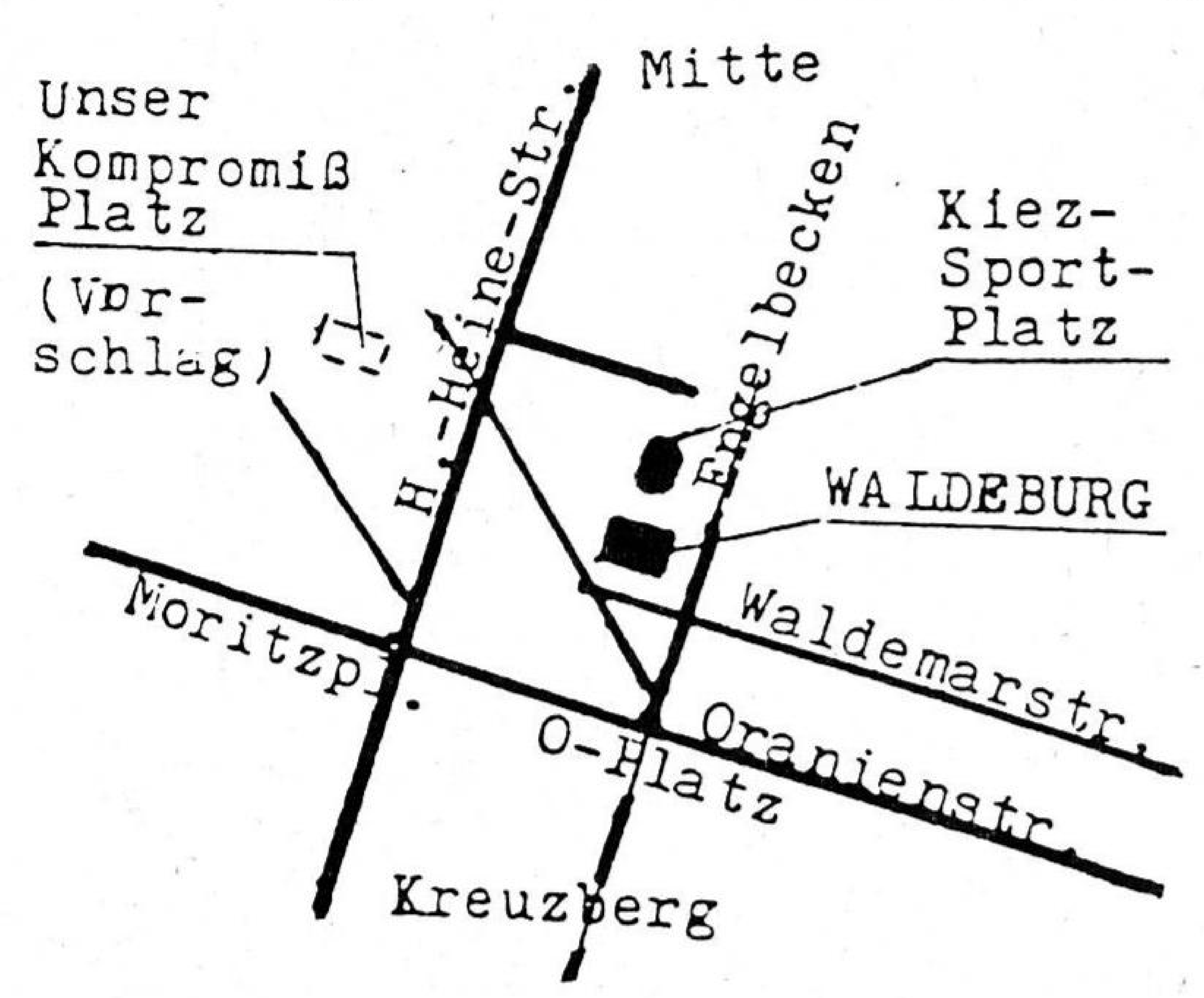
Steine auf den Telekomladen...

in der nacht vom 22.9 zum 23.9. haben wir die scheibe des telekomladens in der groner straße in göttingen gedischt und NOLYMPIX gesprüht. die telekom ist eine der hauptsponsorInnen im rennen um olympia 2000 in berlin, was seit donnerstag glücklicherweise der vergangenheit angehört. in diesem sinn: klirrende grüße nach berlin. olympia 2000 in berlin verhindert, expo 2000 in hannover angreifen!

Waldeburg's 1. Räumungsschock

Ein Treffen mit "gesprächsbereiten" Menschen:

Beim Treffen mit dem Bezirksbürgermeister-Mitte Keil (SPD) am 28.9. wegen der drohenden Räumung unserer Wagenburg wurde für uns zum x-ten Mal klar: Sie wollen uns aus der Innenstadt loswerden... Auf unseren Vorschlag, doch den Sportplatz - wie im Wettbewerb "Heinrich-Heine-Str."vorgesehen - gleich westlich der Heinrich-Heine-Straße zu bauen oder als Kompromiß, uns bis zum dortigen Baubeginn den Platz dort nutzen zu lassen, kam immer wieder die gleiche Antwort:
"In Mitte geht nichts und ihr könnt ja nach Pankow/Karow!"



Die "Lösung" Ghetto Karow dürfte das Gewissen des Herrn Keil ziemlich beruhigen. Fakt ist aber vielmehr: 1. Wir lassen uns nicht an den Stadtrand abschieben.
2. Keine der Betroffenen wünscht diese Lösung: dortige "Rollheimer", dortige AnwohnerInnen und wir.
3. Besonders dort zu erwartende Überfälle von Faschisten sind bekannterweise oft tödlich - in den Wäldern von Buch und Bernau trainieren Neonazis...

Der Sozialsenatsmann und ehemalige Hausbesetzer Haberkorn erklärte bei dem Treffen, daß sie nach anderen Plätzen gesucht hätten, niemand aber eine Wagenburg wolle und es so jetzt nur Karow gäbe. Auf den Punkt brachte es Keil, indem er eine Räumung ab der nächsten 1-2 Tage theoretisch für möglich hielt. Damit war das Treffen für uns mit dem Hinweis, "Tja, dann bleiben wir", zu Ende.

Doch für eine Räumung scheint es noch zu früh. Die Strategen haben aus den letzten 10 Jahren gelernt. Mit Psychodruck und Sozialbearbeitung hoffen sie uns bis zur großen Räumung zermürbt zu haben. Das ist billiger, sozial verträglicher und läßt sich so besser vermarkten...

Die Situation spitzt sich zu:

Bei einer vorzeitig beendeten Begehung unserer Wagenburg wegen der Transporttauglichkeit unserer Fahrzeuge (!) durch Menschen vom Bezirksamt Mitte, erfuhren wir so rein nebenbei, daß für den nächsten Tag (1.10.) die Räumung mit einer Privatfirma anstünde... Neben der Mobilisierung von UnterstützerInnen und der Information der Presse, reichten wir eine "einstweilige Verfügung" bei Gericht wegen "Rechtswidrigkeit" ein. Wegen der Duldung über Jahre hinweg dürfen uns die Bullen - zumindest rein rechtlich - nicht einfach räumen, sondern nur über den zivilrechtlichen Weg mit einer Räumungsklage. Und das dauert seine/ihre Zeit, wie die Prozesse der besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer (hallo übrigens!) zeigen.

Nach einer nervösen Nacht versammelten sich gegen 7 Uhr unsere UnterstützerInnen und wir an den Lagerfeuern mit Frühstück. Nochmal großen Dank, wir haben uns über Eure Solidarität riesig gefreut!!! Die 4 angereisten Abschleppwagen sollten nur mehr "Freiwillige" - und das war nur einer - mitnehmen. Einen Agent Provokateur mit Benzinkanister und 5-6 leeren Glasflaschen konnte einer von uns - kurz vor dem Befüllen - verhindern. Ein hier ziemlich sinnlos brennender Abschleppwagen wäre wohl willkommener Anlaß für eine ziemlich üble Räumung gewesen...

Kiez-Sportplatz neben (nicht statt) Waldeburg

Am Aktionstag (3.10.) haben wir den Anfang zum Kiez-Sportplatz (Wiese zwischen Waldeburg u. Plattenbauten) gemacht. Jetzt könnt ihr bei uns Fußball und Volleyball spielen und demnächst auch noch mehr!



Gegen Mitte Oktober dürfte es erneut spannend werden:

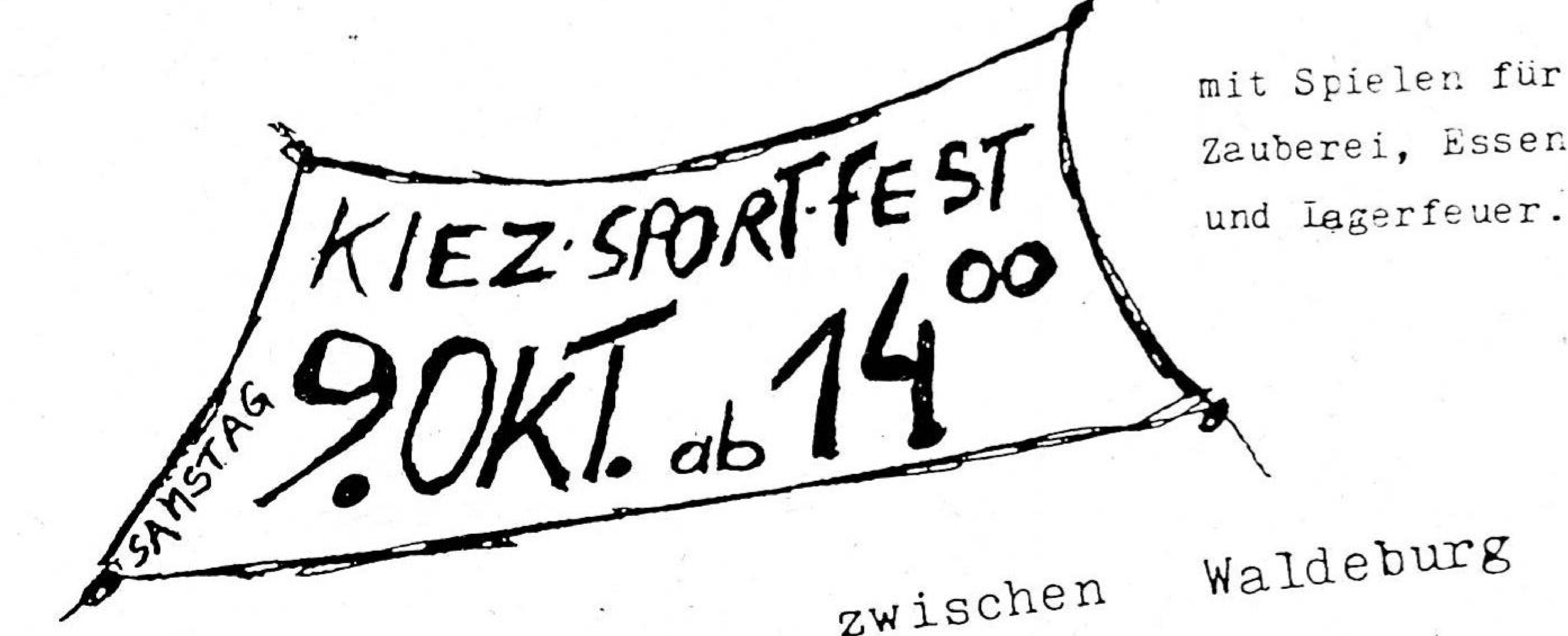
Ohne Baubeginn verfallen die Senatsgelder für den bezirklichen Sportplatz. Unseren NachbarInnen wurde vom Bezirk mitgeteilt, zu dieser Zeit auf ihre Kinder besonders gut aufzupassen...

TAG "W": Tag der(versuchten) Räumung

Kommt vorbei, wenn ihr zum TAG "W" informiert werden wollt!
Kommt am TAG "W" zu uns - esgibt garantiert wieder Frühstück!
Falls es doch schief geht: DEMO am TAG "W" **18.00** Oranienplatz

Keine Räumung der besetzten Häuser und Wagenburgen!!!

Waldeburg bleibt!!!

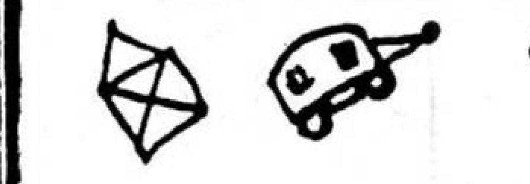


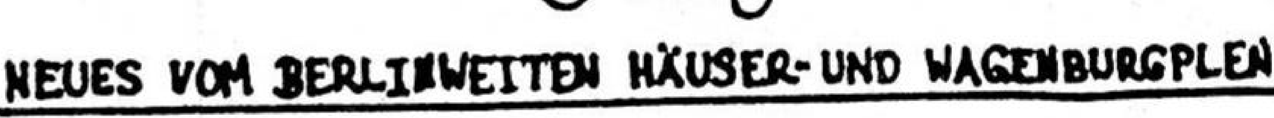
mit Spielen für Groß & Klein
Zauberei, Essen & Trinken
und Lagerfeuer...

Kiez-Sportplatz zwischen Waldeburg und Plattenbauten

Spendenkonto für Prozeßkosten u. Öffentlichkeitsarbeit
"Kath.Kirchengemeinde St.Michael", Kto.Nr. 064 000 5721
Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00 - Stichwort"Wagenburg"

V.i.S.d.P. Wladimir Aldeburg, Waldemarstr., Berlin





NEUES VOM BERLINWEITEN HÄUSER- UND WAGENBURGPLENUM

Protokoll vom 29. 9.

Nachdem so nach und nach ca. 30 Leute eingetrudelt waren wurde berichtet was zwischenzeitlich in den verschiedenen Bezirken und Gruppen zum Thema gelaufen ist.
Um es kurz zu sagen sah es in allen Bezirken mit der Beteiligung zur Vorbereitung der Aktionswoche nicht so doll aus. Es wurde bzw. konnte wenig Konkretes festgemacht werden. Fest steht nach dem jetzigen Plenum folgendes:
Die Berlinweite Aktionswoche der Häuser und Wagenburgen beginnt am 17.10.
Jeder Bezirk übernimmt und gestaltet einen Tag der Woche mit verschiedenen Aktionen, Feiern, Happenings, Voküs, Infoständen .....
Westberlin wird Montag den **18.10.** in Aktion treten.
Friedelhain macht Dienstag den **19.10.** zu einem Festtag.
Mitte überrascht uns am Mittwoch den **20.10.** mit mannigfachen Belustigungen.
Prenzelberg rundet das ganze am Donnertag den **21.10.** ab.

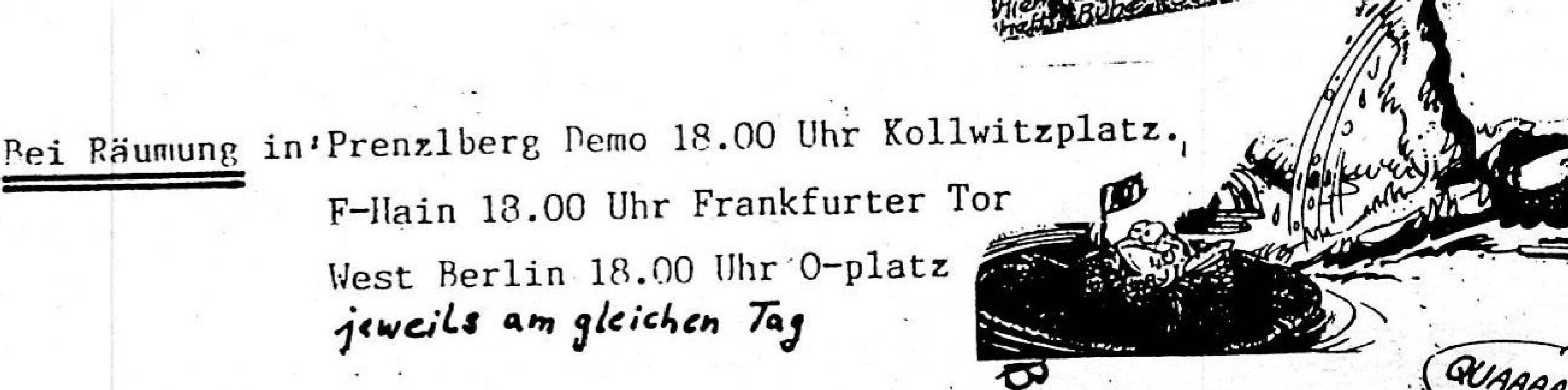
Für Samstag,**23.10.** ist ein Fahrrad- und Wagenumzug geplant.
Die Vorbereitungstreffen dazu finden jeweils Sonntag 18.00 Uhr in der Kastanienallee 77 statt.Das letzte Treffen für den Umzug ist am Freitag **22.10.** um 20.00 Uhr in der Vokü Niederbarnimstr. 23.

Allgemeines:

Am **8.10.**,20.00 Uhr gibts das letzte Mal Vokü in der Wagenburg "Schwarzer Kanal".

Am **13.10.**,20.00 Uhr findet das näxte berlinweite Häuser- und Wagenburgplenum in der Brunnenstr.7 (2.Hinterhof) statt.

Bei Räumung in Prenzlberg Demo 18.00 Uhr Kollwitzplatz,
F-Hain 18.00 Uhr Frankfurter Tor
West Berlin 18.00 Uhr O-platz
jeweils am gleichen Tag



U R U G U A Y

Veranstaltungen mit:

Eleuterio Fernández Huidobro, MLN-Tupamaros

Die Linke vor der Wahl

Diskussion zur aktuellen Situation und zu den Perspektiven der Linken in Uruguay ein Jahr vor der Wahl.

Donnerstag 14. Oktober, 20 Uhr im "EX", Kneipe im Mehringhof (Gneisenaustr. 2 ; U- Bhf. Mehringdamm.)

CHILE ROTO.

Vorstellung des eben erschienenen Buches von E.F. Huidobro zum Putsch in Chile und zum Schicksal vieler UruguayerInnen (auch Tupamaros/as), die das Projekt der Unidad Popular unterstützt haben.

Freitag, 15. Oktober 1993, 20 Uhr im "El Locco". (Kreuzbergstr.43, U-Bhf. Yorckstraße.)

Eleuterio Fernández Huidobro,

genannt El Nato, wurde 1942 in Montevideo geboren und ist einer der Mitbegründer der MLN-Tupamaros (Movimiento de Liberación Nacional-Tupamaros). 1966 ging er in den Untergrund, wurde 3 Jahre später verhaftet. 1971 entkam er mit 130 anderen Genossen bei einer spektakulären Flucht aus dem Knast von Punta Carretas. 1972 wurde er mit der gesamten Führungsspitze der Tupamaros wieder verhaftet. Nach dem Militärputsch (1973) wurden sie "Geiseln" der Diktatur erklärt. 11 Jahre, 6 Monate und 7 Tage werden sie in Bunkern und Kasernenkellern in schärfster Isolation gefangengehalten, ehe eine erstarkende Volksbewegung im April 1984 zunächst ihre Rückverlegung in den "regulären Strafvollzug" und 1985, nach 13 Jahren Gefangenschaft, die Freilassung aller politischer Häftlinge erreicht.
E.F.Huidobro erklärt noch am selben Tag auf einer Pressekonferenz - als Sprecher der historischen Leitung - den Neuaufbau der Organisation, nun als legale politische Bewegung. Er ist Mitglied des Zentralkomitees der MLN-T und Kolumnist der Zeitschrift "Mate Amargo". Darüberhinaus hat er mehrere Bücher geschrieben.
In deutscher Sprache:

- Mit neuen Augen, Reden, Gedanken und Interviews. Hamburg 1992.
- "Wie Efeu an der Mauer"; Erinnerungen aus dem Kerker (zus. mit Mauricio Rosencof). Beide Libertäre Assoziation.

Vor nicht einmal 1o Monaten wurden in Uruguay in einem Referendum die Privatisierungspläne der Regierung Lacalle mit überwältigender Mehrheit (über 70%) abgelehnt. Eine Volksabstimmung über die neoliberale Wirtschaftspolitik und die überall von IWF und Weltbank geforderte Privatisierung von Staatsbetrieben zu erkämpfen, ist weltweit ziemlich einmalig. Eine so deutliche Absage an diese Politik zeigt, daß mit der Linken in Uruguay durchaus zu rechnen ist.
Der "Frente Amplio" (breites Linksbündnis) werden große Chancen eingeräumt bei den Wahlen im November 1994 vielleicht sogar landesweit mit in die Regierung zu kommen. Was haben wir davon, wenn die "Frente Amplio" die Wahlen gewinnt und gleichzeitig in den Basisgruppen immer weniger Leute aktiv sind, fragen z.B. die Tupamaros (sie sind Teil der "Frente Amplio").
Die Diskusson ist voll im Gange. Welchen Handlungsspielraum hat eine Linke in dieser Zeit, in der die Vorherrschaft des IWF´s und der One-world Doktrin <u>die</u> bestimmenden Faktoren sind ?.
Wenn jegliche Formen witschaftlicher Zusammenarbeit an Konditionen gebunden werden, die in jeden Bereich der Innenpolitik eingreifen (z.B. Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik), welche Möglichkeiten bleiben dann zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung ?.
Was heißt es überhaupt unter derartigen Bedingungen links zu sein ?. Nicht nur für Uruguay beinhaltet bereits die Forderung nach Essen, einem Dach über dem Kopf und Bildung für alle Menschen eine vollständige Infragestellung des herrschenden Systems, sagt z.B. E.F. Huidobro.
Er hat kürzlich in der Zeitschrift "Mate Amargo" eine Artikelserie zur Situation der lateinamerikanischen Linken veröffentlicht.
Ab 11.10.93 ist eine deutsche Übersetzung bei Schwarze Risse (Buchladen im Mehringhof) zu kriegen.



Befreiungsbewegung im Mediendschungel

Tupamaros betreiben zweitgrößtes Radio Uruguays

Der weitaus größte Teil der uruguayischen Medien befindet sich in Händen, die der konservativen und neoliberalen Politik der Regierung nahestehen.

Als Anfang 1986 der Sender **CX 44-Radio Panamericana** von einem maroden Medientrust angeboten wurde, bedurfte es keiner langen Diskussion innerhalb der **MLN-Tupamaros**, das Radio anzumieten, zumal es, im Gegensatz zu den meist lokalen Radios ca. 80% des uruguayischen Territoriums erreicht und Zeitungen als Informationsquelle für die Mehrzahl der UruguayerInnen unerschwinglich geworden sind. Der Sender wurde komplett übernommen, einschließlich der 30 früheren Mitarbeiter; aus politischen Gründen sollte niemand seinen Arbeitsplatz verlieren.

Ohne seine Parteilichkeit aufzugeben, arbeitet **Radio Panamericana** unter dem Motto „pluralistisch, partizipativ und solidarisch". *La Radio de la gente* (das Radio der Leute) hat es innerhalb kurzer Zeit erreicht, sich zum Sprachrohr vor allem der „kleinen" Leute zu machen. Die HörerInnenbeteiligung, in Form von Anrufen und spontanen eingefangenen Statements auf der Straße sowie über das Radio organisierte soziale Aktivitäten, all das prägt auch die Programmgestaltung.



Neben umfangreichen Nachrichtensendungen gibt es z.B. Beiträge über die angespannte soziale und politische Lage des Landes, Live-Berichte aus Stadtteilen, Betrieben, der Universität, dem Rathaus und vor allem round-table Gespräche, in denen VertreterInnen aus dem gesamten politischen, sozialen und kulturellen Spektrum Rede und manchmal auch Antwort stehen.

Obwohl **Radio Panamericana** hohe Einschaltquoten hat, steht das Radio finanziell ständig am Abgrund. Kommerzielle Werbeagenturen boykottieren den Sender. Die Organisierung von Verlosungen, Tanz- und Konzertveranstaltungen, Busausflüge und der Verkauf von selbst zusammengestellten Musikcassetten oder die Gründung eines „Fanclubs" können das Finanzloch nur teilweise stopfen.

Radio Panamericana ist daher auf Spenden angewiesen!

Spenden auf das Konto

Lateinamerikazentrum e.V.
Postgiroamt Berlin · Nr. 3390 43-106 BLZ 100 100 10
Stichwort: Radio Panamericana (absetzbar!)

Kurzer Einblick in die Geschichte Uruguays bis heute

Über die Geschichte der Bevölkerung Uruguays vor der sog. Entdeckung 1516 ist wenig bekannt. Während 200 Jahren Unterdrückung, Folter und Mord durch unterschiedliche Kolonialmächte wurden die Indigenas vollständig vernichtet. Nach der Schaffung des Nationalstaats Uruguay 1828 - auf Druck der Engländer, die ihre Interessen gegen die Spanier und Portugiesen durchsetzen wollten - bestimmten Auseinandersetzungen zwischen den Großgrundbesitzern (Blanco-Partei) und dem städtischen Großbürgertum (Colorado-Partei) fast 100 Jahre das politische Geschehen der Herrschenden. Unter dem Colorado-Präsidenten Battle, der ab 1904 eine relativ liberale Politik durchsetzte (Sozialesetzgebung, Arbeitszeitregelung...), entstand das industrielle Proletariat. Nicht zuletzt durch englisches Kapital erreichte Uruguay einen für Lateinamerika relativ ungewöhnlichen Wohlstand. Parallel zur industriellen Entwicklung entstanden linke Bewegungen und Parteien.

Entstehung der Stadtguerilla Tupamaros

Mitte der 50er Jahre beginnt eine wirtschaftliche Krise, die Uruguay in den Würgegriff des IWF treibt. Als Folge auf die sozialen Auswirkungen der IWF-Politik verstärken sich die Arbeits- und sozialen Kämpfe und damit einhergehend der Organisationsgrad der Arbeitenden und der StudentInnen. Eine große Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang der Marsch der ZuckerrohrarbeiterInnen 1962 aus dem Norden nach Montevideo, der eine breite Unterstützung in der Bevölkerung fand. Einer der Anführer des Marsches, Raul Sendic, wurde in den 60er Jahren Mitbegründer der Tupamaros, die sich in den folgenden Jahren als Stadtguerilla im Untergrund organisierten, und unter großer Sympathie der Bevölkerung zahlreiche bewaffnete Aktionen durchführten.

Der Weg in die Militärdiktatur

1967 wurde vom ultrarechten Präsident Pacheco ein Polizeistaat geschaffen, in dem u.a. mit permanentem Ausnahmezustand und verstärkter Repression der Weg für die Militärdiktatur ab 1973 bereitet wurde.
Der völligen Zerschlagung sämtlicher oppositioneller Strukturen konnte auch die im Frühjahr 1971 gegründete Frente Amplio (ein Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und Gruppierungen) nichts entgegensetzen. Die MLN-Tupamaros und ihr legaler Arm, die "Bewegung 26. März" (Teil der Frente Amplio) waren bereits September 1972 zerschlagen, die Tupamaras/os entweder ermordet, eingekerkert oder ins Exil geflüchtet.
Innerhalb der nächsten Jahre stieg die Zahl der politischen Gefangenen auf 50.000 Menschen an, bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 3 Millionen Menschen.

Widerstand

Trotz der fast 12jährigen Militärdiktatur konnten die UruguayerInnen nicht vollständig zum Schweigen gebracht werden. 1980 wollte das Militär, nicht zuletzt durch Druck aus dem Ausland, seine Macht- und Gewaltpolitik (ähnlich wie in Chile) durch die Bevölkerung legalisieren lassen. Doch die Menschen brachten bei einem Referendum (Volksbefragung) ihr klares Nein gegenüber den Militärs zum Ausdruck. Dieser Erfolg gegen die sich so sicher fühlenden Herrscher gab neue Kraft und ab Mitte der 80er Jahre gingen 100.000e von UruguayerInnen gegen die Diktatur und die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik auf die Straße.
Offensichtliche Diktaturen paßten nicht mehr so recht in die weltgeschichtliche Landschaft, der Druck der USA nahm zu, die Wirtschaft in Uruguay lag völlig am Boden und der Widerstand der Bevölkerung verbreiterte sich so daß die Militärs 1985 die Macht an einen gewählten Präsidenten abgaben. In den folgenden Wochen wurden alle politischen Gefangenen amnestiert bzw. nach einem Prozeß freigelassen.

Ehemalige Stadtguerilla als legale Organisation

Die Tupamaros reorganisierten sich ab diesem Zeitpunkt als legale Gruppe und sind seitdem eine wichtige politische Kraft bei der Mobilisierung der Bevölkerung. Sie stellten den bewaffneten Kampf ein, aber hielten und halten sich die Wiederaufnahme bei veränderten gesellschaftlichen Bedingungen vor.
Die Frage um eine Amnestie der Militärs, die während der Diktatur unzählige Verbrechen begangen hatten beschäftigte in den folgenden Jahren die gesamte Bevölkerung und gipfelte in einer großen erfolgreichen Unterschriftensammlung zur Abhaltung eines Referendums (Volksentscheid) gegen eine Militäramnestie (1987). Trotz zahlreicher Behinderungen und Einschüchterungen wurden weit mehr als die benötigten Unterschriften vorgelegt.
Als 1989 beim eigentlichen Referendum die Menschen ihre Stimme zur Militäramnestie abgeben konnten, gab es einen knappen Sieg für die Amnestie der Verbrecher, denn die Drohungen der Militärs und der rechten Regierung waren massiver geworden.

Wahlsieg der Frente Amplio in Montevideo

Ein halbes Jahr später standen in Uruguay Präsidents-, Parlaments- und Departmentswahlen an, bei denen ein Angehöriger der rechten Blanco - Partei zum Präsidenten gewählt wurde. Die Frente Amplio konnte jedoch die Wahlen in der Hauptstadt Montevideo (dort lebt fast die Hälfte der Bevölkerung Uruguays) gewinnen und stellt seitdem den Bürgermeister.
Bei einem Referendum 1992, initiiert von der Frente Amplio, konnten die Pläne des Präsidenten Lacalle zu einer weiten Privatisierung von Staatsbetrieben verhindert werden.

Aktuelle Situation

Die wirtschaftliche Situation spitzt sich aufgrund der neoliberalen, nach IWF-Auflagen konzipierten Politik des Präsidenten weiter zu. Immer mehr Menschen brauchen mindestens zwei Jobs, um ihre Existenz sichern zu können. Die Armut wächst und damit auch die Zahl derer, die in Elendsvierteln leben müssen.
1993 wurden mehrere oppositionelle Menschen ermordet aufgefunden. Daraufhin veröffentlichte E. F.Huidobro in der Mate Amargo (Zeitung der Tupas) einen Artikel, in dem er die Hinrichtungen der Compañeros als Aktionen von Todeschwadronen entlarvt und die Regierung als Anstifter und/oder Nutznießer dieser brutalen Morde benennt. Da er in diesem Artikel u.a. den Präsidenten beleidigt haben soll, sind er und der andere Herausgeber der Zeitung zu einer Haftstrafe verurteilt worden.
Die Morde, viele Morddrohungen, die breite Palette aller Einschüchterungs- und Desorientierungsversuche in Uruguay stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den 1994 bevorstehenden Wahlen, bei denen die Frente Amplio landesweit gewinnen könnte.

Zurück in die Siebziger?

Eine Mordserie der Todesschwadron beunruhigt Uruguay

Uruguay im Juni 1993 — acht Jahre nach der Demokratisierung befindet sich das kleine südamerikanische Land in einer tiefen institutionellen Krise: Auf Zeitungstiteln prangen wieder die Konterfeis hochrangiger Militärs, und die Frage, ob sie schon morgen wieder offiziell an der Macht sein werden, ist die dringendste Sorge der demokratischen Teile der Gesellschaft.

Es begann im Frühjahr 1992. Eine Reihe von Bombenanschlägen zog die Aufmerksamkeit der uruguayischen Öffentlichkeit auf sich: Gerichtet waren sie u.a. gegen den Ex-Präsidenten Sanguinetti, den Befehlshaber der Marine, James Coates, und einen fortschrittlichen Parlamentsabgeordneten, Hugo Cores. Nachdem zunächst nach altem Strickmuster versucht wurde, die ehemalige Guerillaorganisation MLN-Tupamaros verantwortlich zu machen, bekannte sich wenig später ein aus Militärs zusammengesetztes Kommando *„Guardia de Artigas"* (Artigas ist der historische Nationalheld Uruguays) zu den Anschlägen. Das Kommando zeichnet sich durch eine populistisch-faschistische Rhetorik aus. Weiter untersucht wurden diese Ereignisse vor allem deshalb nicht, weil kurz darauf der Aufenthalt einiger baskischer E.T.A.-AnhängerInnen in Montevideo zum Skandal hochgekocht wurde und somit das öffentliche Interesse bannte.

Ein Jahr später, am diesjährigen 23. April, wurde vor allem die uruguayische Linke unsanft an diese Bomben erinnert: Ronald Scarzella, ehemaliges Führungsmitglied der MLN-Tupamaros und in letzter Zeit Aktivist in dem von Raul Sendic mitbegründeten *Movimiento por la Tierra (Bewegung für das Land)* wurde tot aufgefunden. Scarzella, der Transporte für eine Fischereikooperative fuhr, war offensichtlich professionellen Killern zum Opfer gefallen. Sie hatten ihn zuvor unter dem Vorwand, einen Transport zu benötigen, in eine Falle gelockt und mißhandelt, schließlich per Genickschuß exekutiert und im Laderaum seines Fahrzeugs lie-

Am 13. Mai schließlich wird Francisco Martinez de Cuadra, wiederum Aktivist der MLN-Tupamaros, in Montevideo auf offener Straße von vier kurzgeschorenen Männern in ein Auto gezerrt. Mit einer Kapuze über dem Kopf fahren sie ihn an einen unbekannten Ort, wo er bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und mit elf Messerstichen verletzt wird — einer davon in die Lunge —, und setzen ihn schließlich halbtot und immer noch bewußtlos wieder aus. Noch im Krankenhaus wird Martinez beschuldigt, einige Tage zuvor in einer Wechselstube der Hauptstadt einen Raubüberfall ausgeführt zu haben, bei dem er von einer Videokamera aufgezeichnet worden sei. Dies ist der Versuch, den Mordversuch als Abrechnung zwischen Kriminellen abzutun. Bekannte und Freunde streiten jedoch energisch ab, daß der Räuber mit Martinez identisch sei. (1)

Diesen Film kennen wir schon

Am 12. Mai erschien *Mate Amargo* mit einem Artikel von Eleuterio Fernandez Huidobro, in dem das Führungsmitglied der MLN-Tupamaros die These vom Wiedererwachen der Todesschwadron vertritt und ausführlich begründet. Eine politische Charakteristik der Todesschwadron, so heißt es in dem Text, sei, daß sie *„ihre Schläge nicht direkt gegen das organisierte Zentrum führt, das bekämpft werden soll, sondern gegen das unterstützende Umfeld, um denjenigen, die sich einem bekannten Satz zufolge ‚wie Fische im Wasser' bewegen müssen, das Meer abzugraben."* So erklärt sich Fernandez Huidobro, daß keines der bisherigen Opfer aus dem heute aktiven Kern der MLN-Tupamaros stammte. Die Morde dienten vielmehr auch der Einschüchterung der gesamten Bevölkerung.

Der Artikel zeichnet unter dem Titel *„Ya la vimos" (Diesen Film haben wir schon gesehen)* die Parallelen zwischen den Morden aus den frühen 70ern und heute nach. Er warnt davor, der Absicht der Todesschwadron aufzusitzen und sich durch unüberlegte Gegenreaktionen auf ein derartig „kanaillenhaftes" Terrain politischer Auseinandersetzung zu begeben. Auch würden die Aktionen gegen Linke

Verleumdungsklage

Diese für die Gesamtaussage des Artikels im Grunde unwichtigen Formulierungen dienten dem Generalstaatsanwalt als Vorwand für eine Anklage gegen Fernandez Huidobro und Jorge Zabalza, den verantwortlichen Redakteur von *Mate Amargo*. *„Desacato"* lautet der Vorwurf, was mit Unehrerbietigkeit (hier gegenüber dem Staatspräsidenten) übersetzt wird und der Steigerungsform von Beleidigung und Verleumdung entspricht. Nach dem uruguayischen Pressegesetz von 1947 stehen darauf Gefängnisstrafen zwischen drei und 18 Monaten.

Der Prozeß, der am 3. und 10. Juni stattfand, brachte für die ZuschauerInnen sowie für die Presse eine Überraschung: Die beiden Angeklagten bestätigten, für den Artikel verantwortlich zu sein, verzichteten aber vollständig auf ihre Verteidigung und beriefen sich lediglich auf die Pressefreiheit und das Recht zur Aussageverweigerung. Auch kündigten sie von vornherein an, keine Revision gegen das Urteil einlegen zu wollen.

Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß eine detaillierte Verhandlung zum Inhalt gehabt hätte, ob der Präsident ein Esel ist und wieviel Alkohol er konsumiert — eine Farce, die die brisante politische Kernaussage des Artikels über die Todesschwadron und die Verantwortung der Regierung völlig überschattet hätte. Auch ein Revisionsverfahren macht nur dann Sinn, wenn es etwas zu verteidigen gibt, und an einer Verurteilung der beiden ließ das Pressegesetz ohnehin keinen Zweifel. So gab der Richter denn auch dem Antrag des Staatsanwalts in vollem Umfang statt und verurteilte E. F. Huidobro und J. Zabalza zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung, wobei er es dem Obersten Gerichtshof übertrug, über eine Aussetzung der Strafe zu entscheiden.

Der Fall Berríos

Am 8. Juni, also zwei Tage vor der Verurteilung der beiden Tupamaros, bekam die uruguayische Öffentlichkeit wiederum eine Überraschung präsentiert: Die Regierung machte einen sieben Monate zurückliegenden Vorfall bekannt, der eion in den verschiedenen Diktaturen — über Buenos Aires nach Uruguay. Dort genoß der Biochemiker zunächst den Schutz seiner Freunde aus dem Militär. Irgendwann im Oktober 1992 jedoch — offenbar trauten ihm seine Verbündeten nicht — wurde sein Status der eines Gefangenen. Am 15. November 1992 gelingt es Berríos, seinen Bewachern zu entkommen und in der Polizeiwache des Ortes Parque del Plata auf seine Situation hinzuweisen. Zuvor hatte er bereits telefonisch das chilenische Konsulat um Hilfe gebeten. Doch die Militärs tauchen bald in der Wache auf und nehmen ihren „Schützling" wieder mit, mit dem Einverständnis des Polizeichefs der zuständigen Provinz, Rivas, selbst ehemaliger Colonel und Chef des berüchtigten Frauengefängnisses der Diktatur in Punta Rieles. Rivas läßt die Aktennotizen zum Fall Berríos vernichten. Der Chilene wurde nie wieder gesehen, und es ist wahrscheinlich, daß er für immer verschwunden ist. (3)

Doch warum veröffentlicht die uruguayische Regierung diesen Fall noch nach so langer Zeit? Eine zumindest plausible Hypothese ist, daß sie befürchtete, E.F. Huidobro und J. Zabalza könnten am zweiten Tag ihrer Gerichtsverhandlung den Fall Berríos als endgültigen Beweis der Existenz von Todesschwadronen oder zumindest von eigenmächtig handelnden Militärs aus der Tasche zaubern, und deshalb beschloß die Regierung die Flucht nach vorn. Tatsächlich verfügten die Tupamaros über entsprechende Informationen, die aber noch überprüft werden mußten.

Bürgerliche Regierung versus Militär

Die Veröffentlichung des Falles Berríos brachte die Regierung Lacalle jedoch in noch größere Bedrängnis. Zunächst verkündete der Präsident während eines Aufenthaltes in London, er werde den Fall bis ins letzte untersuchen und die Schuldigen mit der nötigen Härte bestrafen. Doch bei seiner Rückkehr nach Montevideo hatte sich die gesamte Führung der Streitkräfte hinter die Berríos-Entführer gestellt und dem Innen- und dem Verteidigungsminister, die in Lacalles Abwesenheit den Provinzpolizeichef Rivas entlassen hatten, schlichtweg das Vertrauen entzogen.

Während die politischen Parteien und Basisorganisationen wie Gewerkschaften, Kooperativenverbände und StudentInnen zum ersten Mal seit dem Ende der Diktatur 1985 zusammenrückten, um die militärische Überwachung der Demokratie zurückzudrängen, setzte sich Präsident Lacalle mit den Generälen an den Verhandlungstisch. Das Ergebnis: Nur die Militärjustiz darf im Fall Berríos ermitteln — was überhaupt keinen Ermittlungen gleichkommt —, kein Militär und kein Polizist darf entlassen werden. Im Gegenzug gestatten die Streitkräfte dem Innen- und dem Verteidigungsminister, im Amt zu bleiben. Als Bauernopfer einigte man sich auf die Versetzung des Chefs des Militärgeheimdienstes, Mario Aguerrondo, falls die politischen Umstände sie erfordern würden. (4)

Dieser Kotau der gewählten Regierung vor der eigentlichen Macht im Lande wird den Spielraum der Militärs noch vergrößern, ist also ein weiterer Schritt in Richtung Demokratur. Lacalle hätte eine Chance gehabt, mit einem einmalig breiten gesellschaftlichen Konsens hinter sich die gesamte militärische Führung zu entlassen, da diese die Bürgschaft für die Berríos-Entführer übernommen hatte. Er hat es jedoch vorgezogen, sich ganz nach dem Vorbild seines historischen Vorgängers Bordaberry mit den Militärs zu arrangieren.

Wie brisant die politische Situation in Uruguay nach wie vor ist, zeigt sich auch am Eintreffen von 15 CIA-Agenten in der US-Botschaft. Auch häufen sich weiterhin die Morddrohungen gegen alle Personen, die ein Interesse an Aufklärung zeigen, sowie ihre Angehörigen: Parlamentsabgeordnete, ZeugInnen aus dem Polizeirevier in Parque del Plata, die Schwester von Eleuterio Fernandez Huidobro.

mir., Berlin

Quellen:

1) La Republica, 15.5.93 und 17.5.93; Brecha, 30.4.93 und 21.5.93. Beide Zeitungen erscheinen *in Montevideo, Uruguay*
2) Mate Amargo, 12.5 1993, *Montevideo*
3) Brecha, 11.6.93
4) Brecha, 11.6.93

gengelassen.

Der Stil des Mordes erinnert fatal an die Todesschwadron, die zwischen Juli 1971 und Juni 1973, als Präsident Bordaberry den Militärs die Macht übergab, hunderte von Linken, GewerkschafterInnen, StudentInnen etc. ermordete oder hat „verschwinden" lassen. Diese Vermutung wurde bestätigt, als Xenia Itte, Witwe von Sendic und Präsidentin des Movimiento por la Tierra, wiederholt anonyme Morddrohungen bekam, das Landgut des *Movimiento* mit scharfer Munition beschossen wurde und der Jeep der Organisation knapp einem inszenierten Verkehrsunfall entging. Auch die Tochter von Scarzella erhielt telefonische Morddrohungen.

Doch damit nicht genug: Einige Tage später, am 7. Mai, wird im Badeort Salinas die Leiche eines Mitglieds des Linksbündnisses Frente Amplio, Ruben Larrosa Pacheco, gefunden, der im Betrieb eines Tupamaros als Tapezierer arbeitete und dessen Bruder ebenfalls zur Führung der Tupamaros gehörte. Auch Ruben Larrosa Pacheco wurde unter dem Vorwand eines Arbeitsauftrags in einen Hinterhalt gelockt und durch zwei Kugeln in Kopf und Herz professionell erschossen. Da der Tote Geld bei sich hatte, ist Raubmord als Tatmotiv ausgeschlossen.

dazu dienen, die in letzter Zeit sich zuspitzenden Widersprüche innerhalb des Repressionsapparats durch die Beschwörung eines äußeren Feindes zu kitten. (Tatsächlich gibt es im Militär starke Unzufriedenheit, zum einen wegen niedriger Löhne, zum anderen, weil der Präsident den Umfang der Streitkräfte reduzieren will. Die Polizei hatte im Dezember 1992 für bessere Bezahlung gestreikt und dabei den Rückhalt der Armee erhalten, die sich weigerte, den Streik niederzuschlagen, so daß die uruguayische Exekutive für ein paar Tage vollkommen ohne Sicherheitsapparat dastand.)

Dem Staatspräsidenten Lacalle wirft Fernandez Huidobro Unfähigkeit im Krisenmanagement vor, kritisiert die Entsendung uruguayischer Soldaten im Rahmen internationaler Eingreiftruppen nach Kambodscha und Mosambique, und bezeichnet es als Verstoß gegen die Verfassung, daß Lacalle in einem Gesetzentwurf die Streitkräfte für die innere Sicherheit zuständig macht und sich selbst zum Oberbefehlshaber erklärt. Ferner beschimpft er ihn in einigen rhetorischen Blüten als „*Esel mit Handlungsdrang*" und als noch schwerer zu ertragen als die Militärs, da er „*als Militär verkleidet*" sei und „*obendrein im allgemeinen besoffen*" (2).

nem Spionageroman" entnommen sein könnte. Es handelt sich um die Entführung und das anschließende Verschwinden eines chilenischen Biochemikers namens Eugenio Berríos.

Berríos ist alles andere als ein unbeschriebenes Blatt: Während der Allende-Regierung Mitglied der rechtsextremen Gruppe *Patria y Libertad*, wurde er später Agent des chilenischen Geheimdienstes DINA. Er hat als Wissenschaftler das Nervengas Sarin entwickelt, das nicht nur in Chile, sondern z.B. auch im Irak gegen die innere Opposition eingesetzt wurde. Der „Musterschüler von Josef Mengele" (so die uruguayische Wochenzeitung *Brecha*) galt als Schlüsselperson im seit Jahren geführten Prozeß um die Ermordung von Allendes Verteidigungsminister Orlando Letelier im September 1976 in Washington D.C. Durch seine Aussage sollte bewiesen werden, daß der Mord an Letelier nicht nur auf das Konto der CIA geht, sondern auch die DINA und die chilenischen Generäle Manuel Contreras und Augusto Pinochet darin verwickelt waren. Vermutlich wären durch seine Aussage auch noch andere Machenschaften der Pinochet-Diktatur ans Licht gekommen.

Doch Eugenio Berríos entzog sich rechtzeitig dem Zugriff der chilenischen Justiz: Zunächst verschwand er in den Norden seines Landes, dann gelangte er mit Hilfe der „*Red Condor*" — einem 1976 gegründeten Zusammenschluß der militärischen Geheimdienste der Region zu Koordinierung der massiven Repressi-

BUCHTIP: Eleuterio Fernandez Huidobro / Mauricio Rosencof: WIE EFEU AN DER MAUER, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1990 (Eine eindrucksvolle Schilderung ihrer zwölfjährigen Haft in den Kerkern der uruguayischen Militärdiktatur)

Von den Tupamaros zur Frente Amplio

Die Tupamaros sind als Stadtguerilla legendär geworden und waren Vorbild vieler Organisationen in der ganzen Welt. U.a. hat sich auch die RAF auf das von den Tupamaros entwickelte Konzept bezogen, auch wenn in dieser Zeitung immer kritisch angemerkt wurde, daß die RAF letztlich nur eine schlechte Kopio des Vorbilds gewesen ist.

Die Tupamaros verstanden sich als Guerillaorganisation in der Tradition Che Guevaras. Nach der Übergabe der staatlichen Macht an die Militärs operierten sie vollständig im Untergrund. Ihre Aktionen richteten sich in der Folgezeit gegen den Militärapparat und die Hintermänner vom CIA. Beispielhaft für diese Stadtguerilla war, daß es ihr, anders als vielen anderen, in großem Umfang gelang, die eigenen Aktionen mit den sozialen und demokratischen Kämpfen anderer gesellschaftlicher Schichten zu verbinden.

Einer ab 1983 erstarkenden Massenbewegung war es gelungen, die heruntergewirtschafteten Militärs zum Abdanken zu bewegen und im Frühjahr 1985 die Freilassung der politischen Gefangenen, nach zwölf Jahren brutalster Mißhandlung, zu erwirken.

Die Tupamaros gaben umgehend das Guerillakonzept auf und beteiligten sich als politische Partei an den sozialen und demokratischen Bewegungen. Sie sind heute Teil eines aus zwölf Organisationen, Parteien und Gruppen bestehenden Linksbündnisses, der Frente Amplio.

Sie sind in fast allen Basisaktivitäten des Landes zu finden, geben verschiedene Zeitungen heraus (u.a. die *mate amargo*) und betreiben einen eigenen Radiosender.

Die Frente Amplio erhielt bei den ersten Wahlen 1984 landesweit 21,5%. bei den zweiten Wahlen 1989 21,2%. In der Hauptstadt erreichte sie allerdings die Mehrheit und stellt die Stadtregierung.

Nach wie vor gibt es jedoch keine gefestigte bürgerlich demokratische Staatsform. Jederzeit droht ein Putsch des Militärs, das trotz aller Anstrengungen bisher nicht in die Schranken gewiesen werden konnte. Und die Drohung eines erneuten Militärputsches wirkt tief: Immerhin wurden in der Zeit der Militärdiktatur 40.000 der insgesamt 2,8 Mio. UruguayanerInnen in den Gefängnissen malträtiert.

Kommt der Kudamm-Mörder aus einem Dorf bei Potsdam?

Von LEONARD PRINZ

Berlin – Die Berliner Mordkommission arbeitete auch am Wochenende auf Hochtouren. Drei Beamte durchstöberten Wildpark-West bei Potsdam. Dorthin führt die Spur zu dem Killer von Rechtsanwalt Hans-Jürgen Lethgau (56), der letzten Dienstag auf dem Kudamm erschossen wurde.


Hans-Jürgen Lethgau †

In dem Havel-Dorf war er in skrupellose Grundstücks-Geschäfte verwikkelt. Hier wünschten viele seinen Tod. Einer zur *BZ*: „Jetzt hat er ja sein Grundstück. Zwei Meter lang, einen Meter breit."

Siegfried B. (59) wurde von Lethgau aus seinem Haus vertrieben: „Viele sind froh, daß der tot ist. Gut denkbar, daß sein Mörder aus dem Dorf kommt."

14 Stunden vor seinem Tod war Lethgau noch in Wildpark-West gewesen. Er beanspruchte sechs Wald-Grundstücke, die seiner Familie gehören. 146 weitere Parzellen forderte er für einen bislang unbekannten Mandanten zurück.

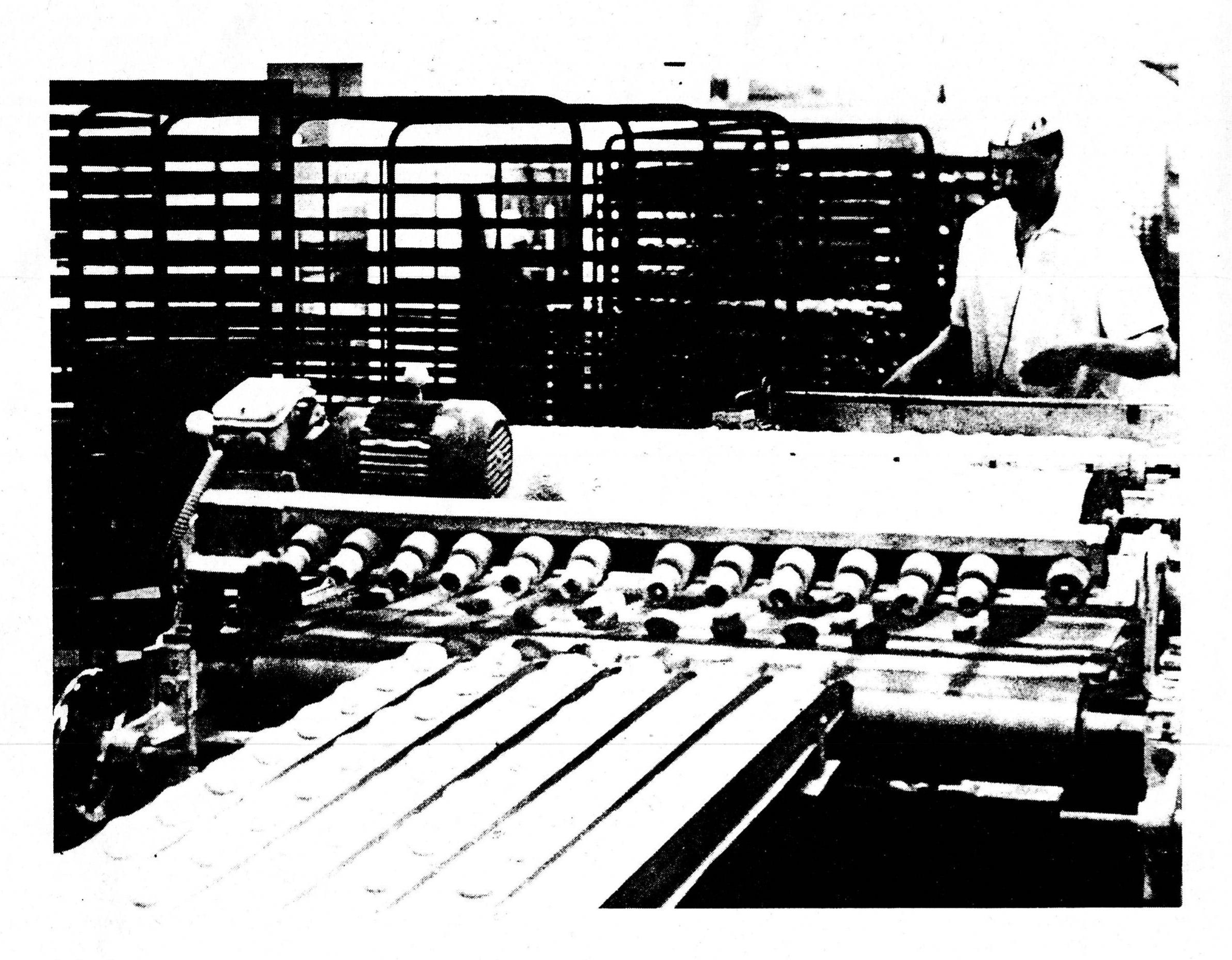
In der „Angler-Klause" trank er Montag abend ein Bier und einen Korn. Gastwirt Ulrich H. (56): „Der war hier nicht beliebt, weil er vielen Dorfbewohnern drohte: Wenn ihr nicht auszieht, mache ich Euch mit dem Bulldozer platt."

Häusliche Freuden

HONGKONG, 31. August (AP). Hausangestellte in Hongkong können sich freuen. Ihr monatlicher Mindestlohn wird fast um das Zwölffache erhöht: von umgerechnet 64 DM auf 754 DM. Damit hatte eine Demonstration der meist philippinischen Hausmädchen Erfolg, die für einen Mindestlohn von 128 DM eintraten.

Unruhen in Caracas

CARACAS, 24. September (Reuter). In Venezuela ist bei Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten in der Hauptstadt Caracas nach Angaben von Zeugen am Donnerstag ein Student ums Leben gekommen. Mindestens fünf weitere seien verletzt worden, hieß es. Der Protest der rund 1000 Studenten richtete sich gegen die Einführung einer Mehrwertsteuer. Studenten waren von der Universität zum Parlamentsgebäude marschiert, gleichzeitig streikt der öffentliche Dienst.



Arbeit

...er sagte nur: "komm nächste Woche wieder!"

Anfang Juni 1991 wurde das 1984 erlassene Arbeitsverbot für Flüchtlinge wieder aufgehoben. Vorausgegangen war ein erhöhter Bedarf der Unternehmer an Arbeitskräften in bestimmten Branchen, wo eine hohe Bereitschaft an Flexibilität und Mobilität der MalocherInnen vorausgesetzt, und Niedriglohn bezahlt wird. Das Bundesarbeitsministerium teilte in einer Weisung vom 3.3.1993 auch gleich mit, an welcher Stelle der ArbeiterInnenhierachie Flüchtlinge vorgesehen sind:

> *"Flüchtlingen darf eine Arbeitserlaubnis nur dann erteilt werden, wenn es trotz Ausschöpfung aller Möglichkeiten des inländischen Arbeitsmarktes nicht gelingt, einen freien Arbeitsplatz mit einem bevorrechtigten Arbeitnehmer zu besetzen. Bevorrechtigt sind: Deutsche, EG-Staatsangehörige, ausländische Arbeitnehmer mit einer besonderen Arbeitserlaubnis und Ausländer mit einer Auenthaltsberechtigung. (...) Vom Arbeitgeber ist nachzuweisen, daß Bemühungen, bevorrechtigte Arbeitnehmer zu gewinnen, über einen angemessenen Zeitraum (6 Wochen) erfolglos geblieben sind."*

Arbeitgeber, die Jobs mit einem Stundenlohn von 5-8,- DM anbieten, erfüllen diese Voraussetzungen leicht.

Im Folgenden ein Interview mit Roba, einem Flüchtling aus Äthiopien, der in Potsdam in einem Lager lebt.

Roba: Anfang 92 habe ich einen Antrag auf Arbeitserlaubnis gestellt, der mir auch bewilligt wurde. Ich habe dann hier in Berlin in einem Restaurant gearbeitet, der Chef war Italiener. Ich bin einfach in das Restaurant gegangen und hab'gefragt, ob sie einen Job für mich hätten. Der Chef fragte mich nach meinen Arbeitspapieren, die ich ja hatte. Dann schlossen wir einen Arbeitsvertrag ab.

Hauptsächlich arbeiteten dort Leute aus Osteuropa, aus Bulgarien und Albanien

Frage: Wie waren die Arbeitsbedingungen in dem Restaurant?

R: Sehr hart. Wenn du in dem Restaurant nicht schnell oder hart genug geabeitest hast, haben sie dich rausgeschmissen. Ich habe in der Küche gearbeitet, als Tellerwäscher und auch als zusätzliche Küchenhilfe. Ich habe z.b. auch Salate vorbereitet und so. Ich hatte einen Stundenlohn von 14.50 DM, das

Aus Splitter:

machte ungefähr 1600,- DM im Monat. Pro Tag habe ich zwischen 9-10 Stunden gearbeitet.

Nachdem ich 18 Tage da gearbeitet habe, kam der Chefkoch zu mir und schickte mich zum Chef. Der sagte mir nur: *"es ist genug, wir wollen dich nicht mehr,du solltest jetzt gehen"*

Ich denke, der Grund war, daß der Boss mir meinen Lohn nicht bezahlen wollte. Als ich ihn nach dem Geld fragte, meinte er ich solle ein anderes mal wiederkommen. Für eine lange Zeit hat er mir dann immer nur gesagt: komm nächste Woche wieder und so weiter. Außerdem wollte er mir einen Betrag geben, den er für richtig hielt. Ich weiß nicht wieviel er mir geben wollte, vielleicht 500 DM, jedenfalls wollte er bestimmen, wieviel ich kriegen sollte.

Ich fragte ihn immer wieder nach Geld. Schließlich fragte er mich, wieviel ich denn haben wolle?

Ich sagte: *"warum fragst du mich das ? Wir haben einen Vertrag abgeschlossen und der besagt ,daß ich 14.50 die Stunde zu kriegen habe"* und daß er das auch so tun sollte. Daraufhin erklärte er mir,daß das so nicht passieren wird, das ich soviel Geld nicht bekommen werde. Aber er wollte mir ein bißchen Geld geben und ich soll doch morgen wiederkommen.

Den nächsten Tag bin ich also hin, er sagte nur *"komm nächste Woche""*. Nächste Woche bin ich wieder hin und fragte nach dem Chef; es hieß jedoch, er sei nicht da. Ich sah ihn aber in den Keller verschwinden, wollte aber da nicht hinterhergehen. Ich hatte Angst, weil ich allein war und die Art des Chefs nicht mochte. Ich hinterließ eine Nachricht und ging.

Den nächsten Tag kam ich wieder, und wiederum ließ sich der Chef obwohl er da war, verleugnen. Ich redete dann mit den anderen Beschäftigten in dem Restaurant und machte ihnen klar,daß ich es leid bin, jeden Tag hierher zu kommmen und daß sie ja auch wissen müßten, wieviel Zeit ich da gearbeitet habe und daß sie sich daran auch erinnern sollten. Als ich mit ihnen redete, kam eine Frau und meinte ich könne das nicht den anderen Arbeitenden erzählen und schließlich holte sie den Chef, der mich nur fragte, was ich denn schon wieder wolle. Ich wollte mein Geld und er mich wieder abwimmeln auf die nächsten zwei Wochen, ich sagte ihm, das ich gar kein Geld habe und mir deshalb auch nichts zu essen kaufen kann und er mir bitte das Geld geben solle. Daraufhin sagte er, hier ist nicht Afrika, hier ist Deutschland, ich kann dich nicht bezahlen und verschwinde. Als ich erneut versuchte, ihm meine Lage klar zu machen, forderte er mich jetzt schon lauter auf, endlich zu gehen. Ich versuchte, vorne durch die Eingangstür rauszugehen, er verstellte mir jedoch den Weg und wollte, daß ich durch den Keller das Restaurant verlasse. Als ich das ablehnte, hat der Chef angefangen mich zu boxen und zwei andere Arbeiter haben ihn bei dem Vorhaben, mich mit Gewalt in den Keller zu zerren, unterstützt. Ich konnte mich jedoch losreißen und bin durch die Hintertür raus. Draußen haben sie mich wieder versucht festzuhalten; dabei fiel ich hin und während ich am Boden lag, trat einer von denen mich mit seinen Füßen und brach mir dabei zwei Finger, zwei Finger wurden verstaucht. Ich konnte schließlich abhauen.

Ich denke, die wollten mich im Keller so richtig verprügeln, weil da niemand ist, den ich hätte zu Hilfe rufen können, oben im Restaurant waren ja überall Leute, die das dann mitbekommen hätten.(...)

Schließlich begann ich wegzurennen, 5-6 Beschäftigte sind mir jedoch hinterher, ich holte dann mein Tränengas raus und konnte sie damit abschrecken und dazu bewegen mich nicht weiter zu verfolgen.

An einer Bushaltestelle angelangt, stieg ich dann in einen Bus und fuhr los. Der Chef und seine Leute gingen zurück und riefen die Bullen. Die haben mich dann aus dem Bus heraus verhaftet und mit zu dem Restaurant zurückgebracht. Sie fragten mich, ob ich deutsch könne, was ich zu der Zeit verneinte. Ich zeigte ihnen dann meine gebrochenen Finger und machte ihnen mit Zeichensprache deutlich, daß ich von den Restaurant-Leuten geschlagen worden bin.

Immer wenn ich englisch sprach, haben sie es nicht akzeptiert und mit mir nur deutsch geredet.

Die Bullen haben meinen Ausweis kontrolliert, ich sollte noch mit meinem Namen unterschreiben und dann haben sie mich laufengelassen. Aber der Chef forderte die Kobs auf, mich zu verhaften.

Sie haben den Bullen auch ein Messer gezeigt und behauptet, ich hätte sie damit angegriffen.Die Bullen haben alles notiert, was ihnen gesagt wurde. Ich verstand nix, da ich ja kein deutsch sprach.In Wirklichkeit haben sie mich mit dem Messer attackiert; als ich nämlich am Boden lag haben sie es nach mir geworfen und trafen mich am Fuß.

Ich ging dann zu meinen Freunden, die mir dann, nachdem ich ihnen die ganze Geschichte erzählt hatte, halfen. Sie brachten mich zur Erste-Hilfe-Station und besorgten mir eine Rechtsanwältin. Die Anwältin übernahm meinen Fall und nach 6-7 Monaten habe ich mein Geld endlich bekommen. Nachdem der Chef die Anzeige meiner Anwältin sah, erklärte er sich zu einem Vergleich bereit und bezahlte die ganze Kohle.

F: Aber er hat dich doch auch angezeigt ?

R: Ja,das stimmt; er behauptete ja, daß ich ihn körperlich angegriffen hätte. Da er nicht zahlen wollte, zeigte er mich an, um mich damit abzuschrecken, weiter mein Geld zu fordern. Er wollte mir Angst machen und mich einschüchtern. Inzwischen hat er die Anzeige zurückgenommen.

Ich kenne ein anderen Mann aus Äthiopien, der zuerst auch kein Geld bekam. Nachdem ich jedoch über die Anwältin rechtliche Schritte einleitete, bezahlte der Chef auch ihn. Er hatte wohl Schiss, gleich zwei Anzeigen an den Hals zu kriegen.

Da war aber noch 'ne andere Sache: Ich hab'hier in Berlin vom Arbeitsamt legal Arbeitspapiere erhalten und deswegen auch gearbeitet. Weil ich in Potsdam gemeldet bin, darf ich mich nicht in Berlin aufhalten. Ich hatte letztendlich ein Verfahren wegen unerlaubten Aufenthalts in Berlin am Hals. Das war nicht mein Fehler, ich arbeitete legal und nicht illegal in Berlin. Meine Anwältin hat das so für mich gegenüber den Potsdamer Behörden auch dargelegt. Sie haben dann das Verfahren zwar eingestellt, aber ich darf hier in Berlin nicht mehr arbeiten, zu der damaligen Zeit war es mir jedoch erlaubt. Es war der Fehler des Arbeitsamtes, mir damals eine Arbeitserlaubnis für Berlin zu erteilen.

Lebensgeschichte einer "Illegalen"

Am 15.6.1985 bin ich in Deutschland angekommen. Ich bin Peruanerin und habe zuvor in einem Pueblo Joven (Slum) im Cono Sur von Lima gewohnt. Die Schule habe ich mit der Secundaria abgeschlossen, aber danach ging es nicht weiter. In der staatlichen Universität San Marcos habe ich mich um einen Studienplatz in Medizin beworben, aber es gibt zu Viele, die dort studieren wollen. Die privaten Universitäten in Lima waren viel zu teuer. Als ich keinen Studienplatz bekam, habe ich einen einjährigen Kurs in Krankenpflege in einer privaten Schule besucht. Das war sehr teuer, aber die ganze Familie hat mitgeholfen. Nach dem Kurs mußte ich ein unbezahltes Praktikum in einem Krankenhaus machen, da in der Schule nur Theorie unterrichtet wurde. Ich hatte Glück, daß ich danach dort weiterarbeiten konnte, aber ich verdiente noch nicht einmal den Mindestlohn. Es reichte gerade für das Fahrgeld zum Krankenhaus und für Kleidung, aber meine Familie konnte ich nicht unterstützen.

Verwandte von mir waren bereits 1982 nach Deutschland gegangen. Sie schrieben, daß es ihnen gut gehe und es hier Arbeit geben würde. Sie liehen mir dann das Geld für das Flugticket. Vielleicht bin ich aus Lima weggegangen, weil ich beruflich keine Perspektiven hatte, aber wahrscheinlich auch, weil ich den Druck nicht aushielt. Als Frau ist man in Peru nichts wert, wenn man nicht heiratet und keine Kinder hat. Um das Thema dreht sich alles. Ständig wurde gefragt, wann ich denn endlich heirate, dabei war das doch gar nicht mein Problem. Ich wollte in einem Krankenhaus arbeiten, etwas lernen und weiterkommen.

Als ich nach Deutschland kam, war dann doch alles anders, als ich mir das gedacht hatte. Meine Verwandten behandelten mich absolut schlecht. Ich mußte auf ihre Kinder aufpassen, damit sie selbst arbeiten konnten. Damals wußte ich nicht, daß sie keine Papiere haben und daß ich auch nie welche bekommen würde. Nach fünf Monaten verließ ich sie. Da sie mich mehr oder weniger eingesperrt hatten, kannte ich niemanden, an den ich mich wenden konnte und Deutsch konnte, ich auch nicht. Ich bin dann erst einmal in einem Kloster untergekommen.

Irgendwann hatte ich gehört, daß ich Papiere bekomme, wenn ich als Au-pair-Mädchen arbeite. Ich hatte auch eine deutsche Familie kennengelernt. Ich bin dann nach Belgien gefahren und dort geblieben, bis das Visum geregelt war. Danach habe ich zwei Jahre als Au-pair-Mädchen bei einem deutschen Politiker gearbeitet und auf die drei Kinder aufgepaßt. Abends und am Wochenende hatte ich noch verschiedene Putzstellen. Das Geld habe ich meinen Eltern geschickt, damit meine Geschwister etwas lernen. 1987 rief mich mein Vater an und sagte, daß mein Bruder kommen würde. Schwierig war es schon. Arbeit für illegale Männer gibt es kaum, weil wir „Illegalen" meist in Privathaushalten arbeiten. Und das kann sich ein peruanischer Mann gar nicht vorstellen. 1988 schickte mein Vater dann auch noch meine Schwester hierher. Sie hatte eine Ausbildung als Sekretärin, aber keine Arbeit. Ich gab einige meiner Putzstellen an sie ab. In der gleichen Zeit lief mein Visum als Au-pair-Mädchen ab und ich ging für einige Wochen nach Belgien, aber auch da gab es keine Papier für Illegale. Bis Ende 1990 schlug ich mich dann mit Putzstellen und Kinderbetreuung durch. Ab und zu betreue ich auch alte Leute.

Ende 1990 dachte ich mir, daß es mit dieser Unsicherheit nicht weitergehen kann. Ich habe in verschiedenen Krankenhäusern gefragt, ob ich dort eine Ausbildung machen kann. Fast alle haben "ja" gesagt, aber sie konnten mir keine Arbeitserlaubnis oder ein Visum besorgen.

Fast ein Jahr lang war ich in Lima. Ich habe versucht, Arbeit zu finden. Aber die Situation war noch schlechter als 1985. Viele Krankenhäuser hatten geschlossen und Krankenschwestern entlassen, weil die Regierung sparen mußte. Als ich feststellte, daß ich dort keine Chance habe, habe ich meine Geschwister in Deutschland um einen Kredit gebeten, damit ich zurückkommen konnte. Die haben das gemacht.

Viele Reisebüros geben Tickets nach Europa auf Kredit. Wenn man dann in Europa ankommt, wird man schon am Flughafen empfangen und die Leute besorgen einem ein Zimmer und Putzstellen. Aber man muß nicht nur das Ticket abzahlen, sondern viele mußten auch zwei Jahre lang 20% von ihrem Verdienst abgeben. Das ist eine Mafia.

Seit Ende 1991 arbeite ich wieder als Putzfrau und Kindermädchen. Meistens arbeite ich 60 Stunden in der Woche. Die Leute, bei denen ich arbeite, sind sehr nett, viele wollen mir helfen, aber die Gesetze sind nicht so. Ich kenne ganz viele "Illegale" und eigentlich warten wir darauf, daß es hier irgendwann einmal ein Gesetz gibt, so wie in den USA oder Spanien, daß die Illegalen legalisiert werden.

Wenn ich Papiere hätte, würde ich am liebsten eine Ausbildung als Krankenschwester machen. Aber so: Wir hängen in der Luft. Nie weiß man, ob man nicht festgenommen und abgeschoben wird. Außerdem weiß man auch nie, ob man nicht angezeigt wird, weil jemand das Zimmer haben will, in dem man wohnt. Eine Wohnung zu finden ist sehr schwer, das geht nur, wenn der Vermieter weiß, daß man keine Papiere hat. Wenn man dann das Zimmer verliert, muß man jeden Tag bei anderen Freunden übernachten.

Aber das schlimmste ist, daß man keine Krankenversicherung hat. Zum Arzt zu gehen ist viel zu teuer. Wenn man in Not ist, hilft auch die Botschaft nicht. Die Botschaft hat unsere Adressen, aber an den Wahlen durften wir nicht teilnehmen, das durften nur die legalen Peruaner. Die Botschaft tut so, als gäbe es uns nicht.

Nach Lima würde ich nur zurückgehen, wenn ich dort Arbeit hätte, aber es gibt ja keine. Ich finde es nicht richtig, daß die Polizei Jagd auf uns macht und wir uns immer verstecken müssen. Wir leben nicht auf Kosten Anderer, sondern von unserer eigenen Arbeit, wir verursachen keine Kosten.

Wenn in Deutschland kein Gesetz kommt, das uns legalisiert, können wir nur durch Heirat an Papiere kommen. Für mich ist das keine Alternative. Viele illegalen Freundinnen von mir haben das gemacht. Meistens werden sie schwanger und hoffen, das der Mann sie dann heiratet. Aber die Männer in Deutschland sind nicht so, nur Wenige werden auf diese Art zu "Legalen". Außerdem bringt das auch neue Probleme. Die meisten Ehen gehen ganz schnell kaputt, oder die Männer nutzen die Situation aus. Wenn dann wegen der Schwangerschaft die Beziehung auseinandergeht, stehen die illegalen Frauen noch schlechter da als vorher. Früher sind viele Frauen zur Geburt nach Lateinamerika zurückgegangen, haben das Kind bei ihren Eltern gelassen und sind zurückgekommen. Das geht jetzt nicht mehr, da man fast überall in Europa ein Visum braucht. Wenn man Europa verläßt, kann es sein, daß man nicht mehr zurückkommen kann. Deshalb bringen schwangere "Illegale" ihr Kind jetzt hier zur Welt. Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft machen sie nicht, dazu fehlt das Geld. In einigen Fällen klappt es, daß man zur Entbindung in ein Krankenhaus geht und nach der Geburt wieder nach Hause, aber die Ärzte da haben auch Angst, weil sie ja eigentlich die Geburt anzeigen müßten, aber das geht nicht, weil ja dann klar ist, daß die Mutter eine "Illegale" ist. Es gibt einige Hebammen, die helfen, wenn eine "Illegale" ein Kind bekommt.

Wenn das Kind erst da ist, wird es noch schwieriger. Das fängt schon mit den Arztkosten an. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn es für die Illegalen eine Krankenversicherung geben würde, oder wenigsten für die Kinder. Schlimm wird es, wenn die Kinder in die Schule kommen. Offiziell gibt es uns ja nicht, deshalb können illegale Kinder auch keine Schule besuchen.

Trotz all der Probelme geht es mir besser als in Lima: Ich habe eine Unterkunft und habe Arbeit. Ich weiß, daß ich jederzeit festgenommen werden kann. Das ist eine große Unsicherheit. Aber in Lima weiß man auch nicht, was am nächsten Tag ist. **Im März 1993**

Schon seid längerem hat der Papiertiger arge finanzielle Schwierigkeiten. Bevor das Chaos über uns zusammenbricht, versuchen wir die Flucht nach vorn. Wie die wenigsten wahrscheinlich wissen, ist der Papiertiger ein gemeinnütziger Verein, der sich durch Beiträge und Spenden trägt. Da die zahlenden Mitglieder an einer Hand abzuzählen sind,haben wir uns entschlossen, neue Listen anzulegen. Also: Wer sowieso oft im Papiertiger ist, oder uns kennt und unterstützungswert findet, kommt vorbei und fragt beim Ladendienst nach. Mindestbeitrag pro Monat sind 5 DM .

... und wer uns noch nicht kennt:

Der Papiertiger ist Archiv und Themenbibliothek. Wir sammeln Bücher, Zeitschriften,Zeitungen, Broschüren, Flugblätter,... vorallem aus der Geschichte der politischen und sozialen Bewegungen der letzten 20 Jahre.
Aktuell arbeitene Archive sind: Antifa, Antipsychatrie, Baskenland,Gen - und Bevölkerungspolitik,Frauen, Häuserkampf/ Stadtplanung,Lateinamerika, linke,Osteuropa,Migration/Flüchtlinge,Männer,USA, Verfassungsschutz/Innere Sicherheit.
Du findest uns in der Cuvrystr. 25, in Kreuzberg 36.
Öffnungszeiten: Mo - Do 14.30 - 18.00 Uhr
Fr 14.30 - 18.00 FRAUENTAG

P.S. Über Büromatrialspenden freuen wir uns außerordentlich !!!

Infoladen ?! Was soll das denn?

Die Infoläden sind unter anderem aus der Notwendigkeit und dem Bedürfnis entstanden, den manipulierten und gleichgeschalteten HERRschenden Medien etwas entgegenzusetzen. Bei deren Berichterstattung - sei es Radio, Fernsehen oder Zeitung - geht es um die Darstellung von Ereignissen in einer Art und Weise, wie sie den Regierenden und denen, die die Macht über die jeweiligen Medien haben, am besten paßt.
Dem entgegen wollen Infoläden unverfälschte, authentische und unterdrückte Informationen verbreiten. Sie sind selbstorganisiert und werden von Frauen und Männern mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen getragen und gemacht. Außerdem dienen sie als Treffpunkt, Kommunikations- und Diskussionsorte. Die Infoläden sind bundesweit und teilweise international miteinander vernetzt, wodurch ein regelmäßiger Austausch von Informationen und ansatzweise ein gemeinsames Handeln ermöglicht wird.



Wir behandeln die uns erreichenden Informationen nicht als Ware, sondern wollen mit ihnen eine Gegenöffentlichkeit schaffen, die es uns ermöglicht, Ausbeutung und Unterdrückung zu benennen und zum Gegenstand breiter Diskussionen zu machen. Diskussionen mit dem Ziel, Ansätze und Initiativen für eine gesellschaftliche Veränderung zu entwickeln, die die Herrschaft der Menschen über Menschen beendet.
Seit Ende 1990 gibt es in Friedrichshain den Infoladen Daneben. Wir informieren dort z.B. über:
* Umstrukturierung * Patriarchat & Sexismus * NOlympia * Guerillia & bewaffneter Kampf * Rassismus * Wirtschaft & Ausbeutung * Widerstand gegen Faschismus * Anarchismus * Sexuelle Gewalt * Geschichte von unten * Staatliche Repression * Psychiatrie * Widerstand in anderen Ländern * Ökologie * Männerbewegung * Politische Gefangene * Gentechnologie * Bevölkerungspolitik * Geschichte sozialer Bewegungen und Kämpfe * Feminismus * Linke Gesellschaftstheorie * Cinti & Roma * Medien * u.s.w.

Die Links-Beratung:

Juristische Beratung für alle rechtlichen Probleme. Vom Mietvertrag bis zum Landfriedensbruch... Immer Mittwochs von 16 bis 18 Uhr (Achtung: ab November ändert sich voraussichtlich der Termin!)

Öffnungszeiten:

Dienstag - Freitag, 14 - 19 Uhr.
Montag, 17 - 21 Uhr, nur für Frauen.

Und manchmal sind wir auch darüberhinaus da, z.B. wenn das Cafe im X B Liebig geöffnet hat. Einfach vorbeischauen & natürlich ohne Gewähr!

Crotone: Regionaler Aufstand der kalabresischen

»Wir sind nicht verzweifelt ...



Anfang September erschüttert der militante Kampf um die Zukunft einer Chemiefabrik in Kalabrien ganz Italien. Die Regierung steckt mitten in den Beratungen über den neuen Haushalt, der Einsparungen in Milliardenhöhe vorsieht, als die ArbeiterInnen des Chemiewerks von Enichem in Crotone eine regelrechte Schlacht um ihr Werk und gegen die Entlassung von 333 Arbeitern in die Cassa Integrazione *(die italienische Version der Kurzarbeit, die oft – wie auch hier – ein bloßes Übergangsstadium zu Entlassung ist)* entfesseln. Wie sie selber betonen, geht es ihnen nicht allein um ihre Fabrik, sondern um die Situation der ArbeiterInnen im ganzen Süden. Nicht nur das macht diesen Kampf und ihre Situation mit dem Kampf in Bischofferode vergleichbar. Die Art der Abwicklung der letzten großindustriellen Betriebe in dieser Region in Verbindung mit stets versprochenen aber nie verwirklichten neuen Beschäftigungsmöglichkeiten erinnert an Treuhandmethoden. Hier heißt das »tangentopoli«: der Korruptionssumpf, in dem seit Jahrzehnten norditalienische Steuertransfers für den Süden versickern, um über die Klientelkanäle der Christdemokraten und Sozialisten und über die Mafia, die hier das Leben kontrolliert, wieder in den Norden gepumpt zu werden. Die Verbitterung und Militanz, mit der der Kampf hier und in einigen anderen Betrieben geführt wird, entsteht auch aus dem völligen Fehlen anderer Einkommensmöglichkeiten – außer der Mafia und den Drogen.

Crotone ist ein altes und das einzige Industriezentrum Kalabriens mit heute noch 70 000 EinwohnerInnen. Vor 15 Jahren arbeiteten im Chemiewerk der Enichem 1500 ArbeiterInnen. Heute sind es noch 500. Mit veralteten und defekten Anlagen wird hauptsächlich Phosphor und Zeolith (Phosphor-Ersatz in Waschmitteln) produziert. Ende August wird bekannt, daß 333 von ihnen in die Cassa Integrazione entlassen werden sollen, ohne in die Fabrik zurückkehren zu können. Der größte Teil der Produktionsanlagen, außer der Zeolith-Produktion, soll abgerissen werden. Etwa hundert Arbeiter sollen in der Produktion bleiben. In der Vergangenheit hatte es von seiten der Regierung immer wieder Versprechen gegeben, neue Arbeitsplätze zu schaffen: im Umweltbereich, bei Ausgrabungsarbeiten, im Tourismus, in einer neuen Tennisschlägerfabrik. Keines dieser Versprechen ist je eingelöst worden, und selbst dort, wo Subventionsgelder fließen, versikkern sie in den korrupten Strukturen von »tangentopoli«.

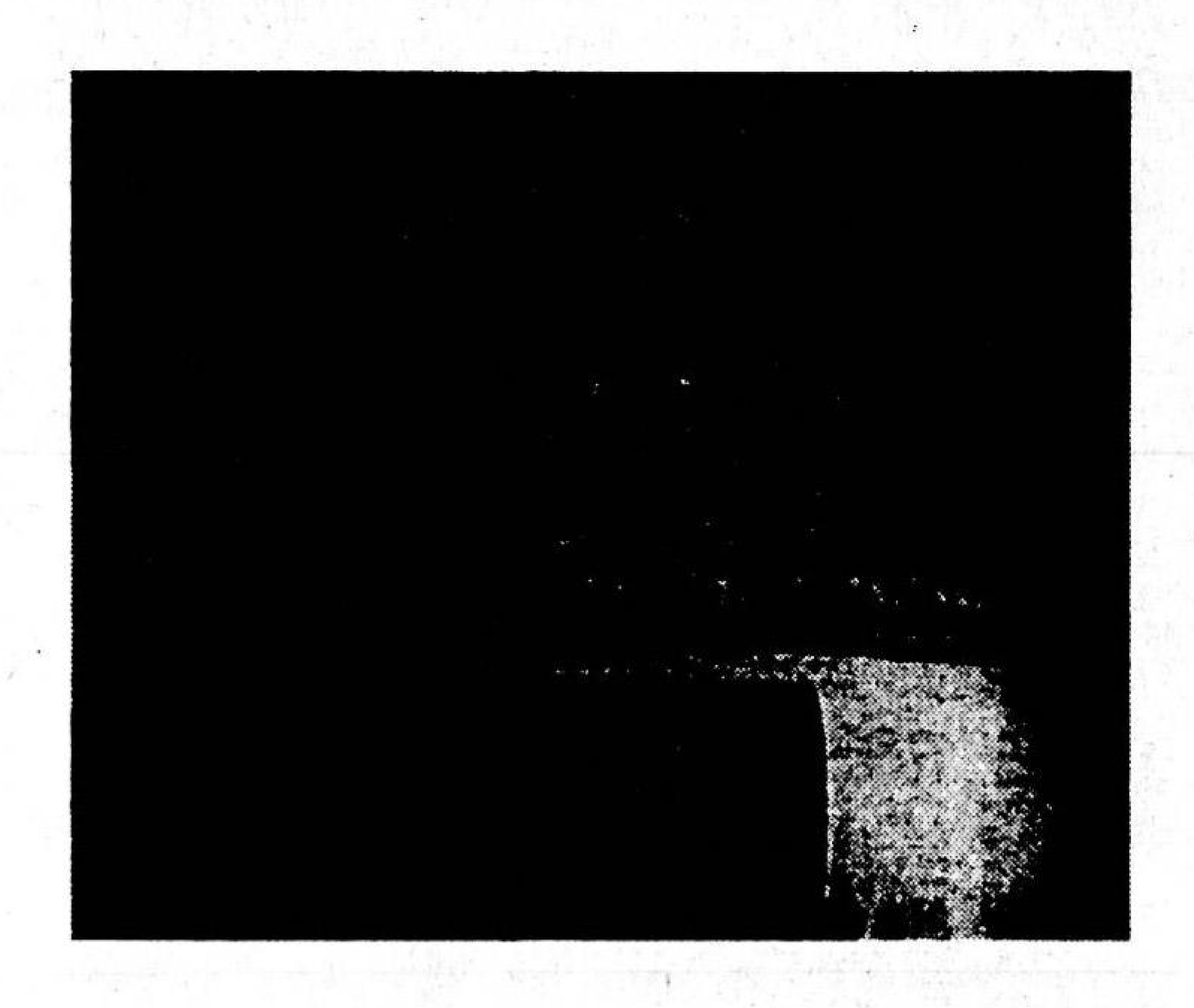
Als die Entlassungen bekannt werden, explodiert die Wut. Es ist nicht die erste Erfahrung, die die Arbeiter bei Enichem mit der Cassa Integrazione machen. Am Freitag, dem 3. September, als sie ihre Versetzung in die Cassa Integrazione erhalten, besetzen die Arbeiter sofort die Fabrik.

Als für den folgenden Montag von der Regierung erneute Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Enichem in Rom einberufen werden, heben die Arbeiter als Zeichen ihres guten Willens die Besetzung auf. Dabei hat die Gewerkschaft hier auch keinen guten Stand mehr – schon nach dem ersten Abkommen über die Cassa Integrazione waren über die Hälfte der CGIL-Mitgliedskarten zerrissen worden. Einer der in die Cassa Integrazione Geschickten klettert aus Verzweiflung auf den höchsten Schornstein der Fabrik und droht, sich herabzustürzen, wenn die Verhandlungen keinen Erfolg haben. Er kann schließlich bewegt werden, wieder herunterzusteigen – indem ihm versichert wird, die Verhandlungen liefen gut. Andere Arbeiter sind sauer über die Schornsteinaktion: »Wir sind nicht verzweifelt – wir sind wütend!«

Am Abend ist klar: Enichem wird die Versetzungen in die Cassa Integrazione nicht zurücknehmen. Einige Arbeiter schleppen Fässer mit flüssigem Phosphor aus dem Werk. Sie kippen sie vor den Werkstoren und auf der unmittelbar vor dem Werk verlaufenden Staatsstraße 106 aus. Beim Kontakt mit Luft entzündet sich das Phosphor von selbst, es bilden sich hochreichende und übelriechende Rauchsäulen. Einige Arbeiter müssen mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden. Es gibt nun keine Möglichkeit mehr, ins Werk zu kommen, aber man hört von außen den Lärm von zerbrechendem Glas und Explosionen. Die Arbeiter haben sich in der Fabrik hinter großen Säcken mit Zeolith verbarrikadiert und zerstören Einrichtungen der Fabrik. Vergeblich versucht die Polizei unter Einsatz von Tränengas in das Werk einzudringen. Die Arbeiter schüren weiter die Brände am Eingangstor, die den Zugang versperren. Ein PKW geht in Flammen auf. Gegen 22 Uhr räumt die Polizei die benachbarten Straßen, aber die Staatsstraße bleibt die gesamte Woche über besetzt und der Verkehr blockiert. Ein paar hundert Leute, unter ihnen viele Familienangehörige der Arbeiter, bleiben trotz der Polizeieinsätze auf einer Überführung der Staatsstraße in der Nähe des Werkes. In der Nacht fliegt eine mit Phosphor gefüllte Flasche gezielt gegen die ums Werk zusammengezogenen Polizeikräfte.

Dienstag, 7.9. Am nächsten Morgen sind rund um die Fabrik die Büsche vom Phosphor

Chemiearbeiter gegen die Cassa Integrazione



»... wir sind wütend!«

rötlich gefärbt, ausgebrannte Autos liegen herum. Die Regierung in Rom greift ein, und es kommt zu einem »Waffenstillstand« bis zum nächsten Montag. Enichem wird den Arbeitern die Differenz zwischen dem Lohn und der Cassa Integrazione (20 Prozent) für diese Woche bezahlen. Aber die Arbeiter wollen diesen »assistenzialismo« nicht, die Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen, sie wollen eine dauerhafte Lösung. *»Sie haben uns noch einmal betrogen. Das ist das neue Subventionssystem des Staates. Der Regierung ist die öffentliche Ordnung, der soziale Frieden wichtiger, als gewinnbringende Arbeit, als die Rentabilität der Unternehmen. Wenn man sie schließen muß, sollen sie es machen: Alle übernehmen ihre Verantwortung. Aber sie sollen uns eine wirkliche Lösung anbieten und nicht eine Vermittlung. Zuerst schickt uns die Enichem in die Cassa Integrazione mit null Stunden für 2 Jahre, dann zahlt sie unter dem Druck von Ciampi 20 Prozent des Lohns. Es ist eine Farce, es ist eine niederträchtige Farce von Rom«*, sagt ein junger Arbeiter dem Reporter des Corriere della Sera. Die Arbeiter sind nach wie vor aufgebracht: *»Wir sind bereit, aus Crotone ein zweites Sarajewo zu machen!«*

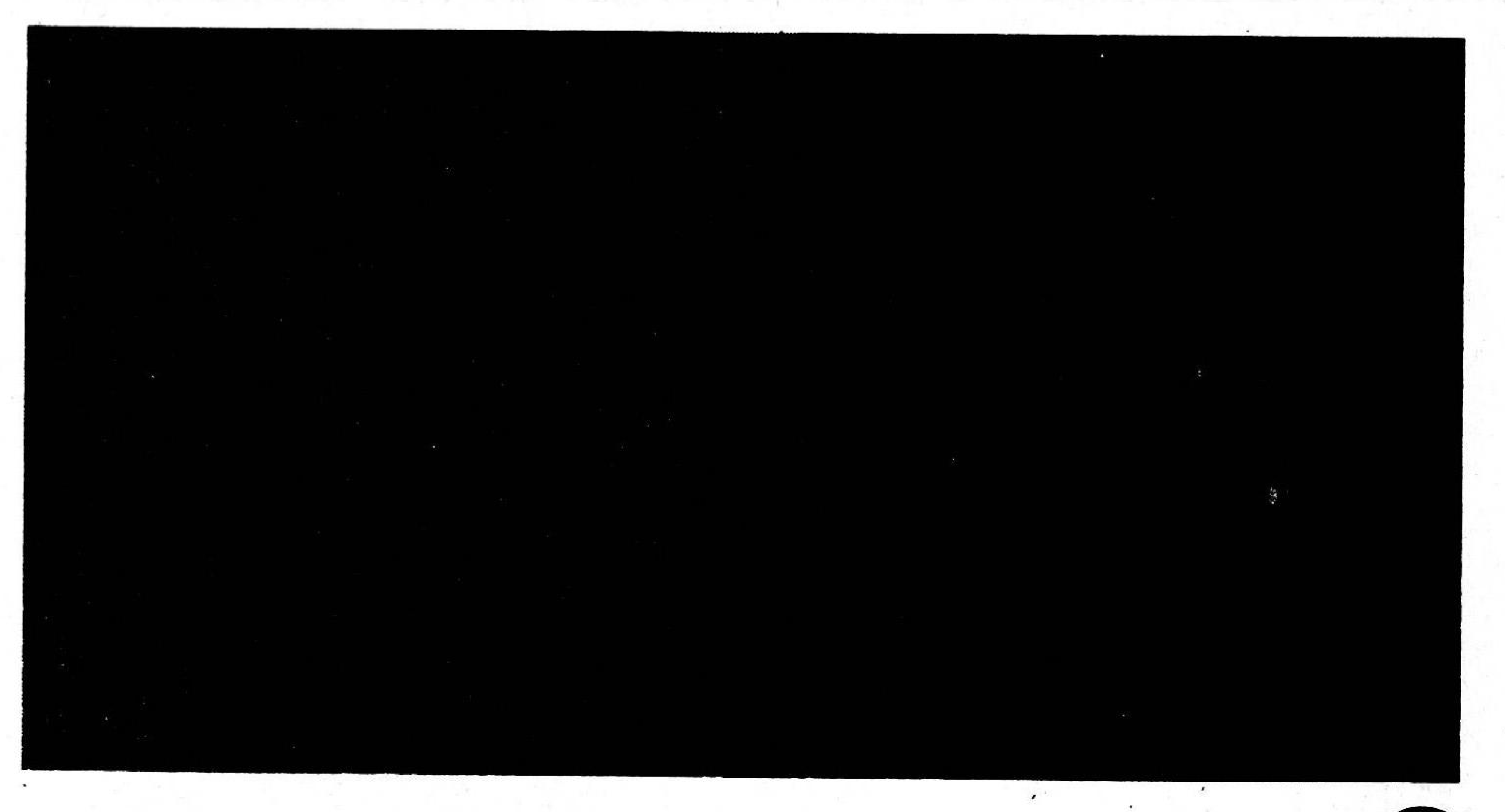
Arbeiter von einem anderen Werk der ENI, der Fabrik von Pertusolo, über der auch die Drohung der Cassa Integrazione schwebt, drücken ihre Solidarität aus. Sie haben auf einem Bulldozer Fässer mit schweren Zinkbarren aus ihrer Fabrik mitgebracht, mit denen sie die Blockade vor dem Werkstor verstärken.

Hunderte von Frauen versuchen, in die Stadtverwaltung einzudringen, woraufhin diese geschlossen wird. Im Bahnhof setzen sich Ehefrauen und Angehörige der Arbeiter auf die Gleise und blockieren damit die Strecke Reggio-Bari. Schon am Sonntag waren die Gleise besetzt worden, um Druck zu machen. Die Polizei versucht, die Besetzung zu beenden, aber bis heute können auf dieser Strecke keine Züge fahren. Von Anfang an hatten sich die Familien der Arbeiter an diesem Kampf beteiligt. Denn hier, wo die Arbeitslosigkeit mittlerweile auf fast 30 Prozent angestiegen ist, gibt es keine anderen Einkommen. Früher waren viele Jugendliche vor der Arbeitslosigkeit in ein Hochschulstudium ausgewichen. Aber durch die Anhebung der Studiengebühren in den letzten Jahren hat sich allein dieser Anteil an den Kosten eines Studiums auf jetzt umgerechnet 1000 Mark im Jahr erhöht. *»Wie sollen wir das denn vom Geld der Cassa Integrazione bezahlen«*, sagt die Frau eines Arbeiters.

Die Anlagen bei Enichem sind veraltet, und die Arbeiter riskieren in diesem Giftladen täglich ihr Leben. Sie wissen das und äußern selbst ihre Zweifel, warum sie für diese Scheißarbeit so verbissen kämpfen sollen. Aber es sind hier die einzigen garantierten Arbeitsplätze, d.h. mit Tariflohn und Pensionsberechtigung – in einem Land, in dem es sonst kaum sozialstaatliche Absicherungen gibt.

Am Abend erklärt die Provinzregierung in Catanzaro die Stadt zum »industriellen Krisengebiet und Empfänger staatlicher Investitionsprogramme«.

Mittwoch, 8.9. Der dritte »Tag des roten Phosphors«. Es bleibt ruhig. Die Entscheidung, die Lohnkürzungen bis zu den Verhandlungen am nächsten Montag auszusetzen, wird von den Arbeitern als ein Zeichen des guten Willens gesehen – aber auch nicht mehr. *»Ein Jahr lang können wir täglich so einen Krieg wie diesen machen«*, sagt ein Arbeiter, wobei er auf eine Art »Molotow-Cocktail« zeigt. *»Sie haben uns so oft belogen, aber heute demobilisieren wir nicht. Diesmal darf es nicht sein wie sonst.«* Überall drumherum kontrollieren Polizei und Carabinieri die Zugänge von außerhalb, auch um die »Einschleusung eventueller Provokateure« zu verhindern. Tankwagen des Zivilschutzes stehen zum Eingreifen bereit.





Die Frauen blockieren die Gleise im Bahnhof

Donnerstag, 9.9. Für heute ist ein Generalstreik in Crotone angesetzt. Am Anfang herrschte noch Unsicherheit, ob auch die Stadtverwaltung mitmachen wird. Aber an diesem Tag beteiligt sich die ganze Stadt. Alle Geschäfte bleiben geschlossen. Auch Unternehmer aus der Region beteiligen sich an einer Demonstration von 10 000 Leuten. In den Verhandlungen geht es auch um die Probleme der Zulieferindustrie. Allein durch die Schließung der Produktion bei Enichem sollen 700 weitere Arbeitsplätze in der Stadt und 200 in der Region betroffen sein.

Die Demonstration ist ein Ausdruck der alten Arbeitermacht in dieser Region. Die Leute hier sind stolz auf ihr »rotes Crotone«, das wie eine Insel in einer Region liegt, die sich zunehmend nur noch über Mafia-Strukturen reproduziert. In allem Ernst tönt es aus den Lautsprechern während der Demonstration: *»Wir grüßen die Helden der Arbeit mit einem langen Applaus!«*

Die Gewerkschaft droht mit einem Vollstreik für die Region. Vor der Küste betreibt die Agip Bohrinseln für Erdgas: Diese sollen getroffen werden. Aber auch von diesen sind viele bereits außer Betrieb.

Nicht nur in Crotone widersetzen sich die ArbeiterInnen entschieden dem Rückzug der Großindustrie. Im letzten Jahr ist die Zahl der Arbeitsplätze in der italienischen Großindustrie um fast sechs Prozent zurückgegangen. Im Norden gibt es ähnliche Probleme. Bei Fiat befinden sich immer noch 42 000 in der Cassa Integrazione, im Hafen von Venedig hat man 3000 Arbeiter für überflüssig erklärt, in der gesamten Stahlindustrie stehen weitere Schließungen an. Aber den Süden trifft es besonders hart, weil es hier keine Alternativen gibt. In anderen Fabriken laufen auch schon seit einiger Zeit Kämpfe. In der 1988 privatisierten Textilfabrik von Castrovillari kämpfen die ArbeiterInnen um den Erhalt der Arbeitsplätze. Auch hier waren in der Vergangenheit neue Arbeitsplätze versprochen worden, aber es gab lediglich 210 sogenannte »Ausbildungsverträge« (contratti di formazione), die es den Unternehmern erlauben, Jugendliche mit befristeten Verträgen und dem halben Lohn auszubeuten. In einer Fabrik in San Giovanni del Sud kämpfen die 250 Arbeiter einer Fabrik schon seit Monaten mit Demonstrationen und Straßenblockaden, weil sie keinen Lohn mehr erhalten. Der Kampf in Crotone ist eine Zuspitzung dieser Bewegung. Er wird als das letzte Aufbäumen einer Region gegen ihre Deindustrialisierung betrachtet. Die italienische Presse warnt, Crotone könne der Anfang eines »heißen Herbstes« im Süden sein. Die Ausstrahlung auf den Norden, wo auch Tausende von Cassa Integrazione und Betriebsschließungen betroffen sind, scheint dagegen gering. Für den 25. September haben die Fabrikräte zu einer landesweiten Demonstration in Rom aufgerufen – gegen die industrielle Umstrukturierung und die Sparpolitik der Regierung, die im neuen Haushalt weitere Einschnitte vorgenommen hat. Aber die AktivistInnen des »Heißen Herbstes '92« *(siehe Wildcat 61)* sind desillusioniert.

Die Regionalisierung des Konflikts

Im politischen System versuchen alle, die Karte der Nord-Süd-Spaltung auszuspielen.

Die einen offen: zum Beispiel die Lega Nord, eine rechte Protestpartei, die mit rassistischer Propaganda gegen EinwandererInnen – womit auch SüditalienerInnen in Norditalien gemeint sind – und gegen die angebliche Ausbeutung der norditalienischen Steuerzahler durch den faulen Süden in den letzten Jahren im Norden große Wahlerfolge erreichte. In vielen Städten, wie z.B. Mailand, ist sie inzwischen stärkste Partei . Sie warnt die Regierung, eine Sonderlösung für die Arbeiter bei Enichem sei eine Diskriminierung für die Arbeiter, die im Norden in Cassa Integrazione sind, z.B. die 42 000 bei FIAT. Die Süditaliener seien aufgrund ihrer geringen Mobilitätsbereitschaft selber Schuld an ihrer Situation. Bossi, der Vorsitzende der Lega Nord fordert, keinen Pfennig mehr in den Süden zu stecken. Im Norden befänden sich viele Arbeiter in der gleichen Situation, würden es aber in Ruhe ertragen.

Die anderen versteckt: Gewerkschaft und PDS (die umbenannte KPI) unterstützen den Kampf mit salbungsvollen Worten, beteiligen sich aber indirekt an der Regionalisierung des Konflikts. Sie nehmen die Arbeiter in Schutz, indem sie für die Gewalttätigkeiten des Kampfes eine politische Provokation verantwortlich machen: Man habe in den Verhandlungen kurz vor einer Einigung mit Enichem gestanden, als diese überraschend und unnötigerweise die Einschreiben mit den Versetzungen in die Cassa Integrazione abgeschickt habe. Sie vermuten dahinter eine bewußte Provokation, hinter der die Lega Nord oder das »alte System« (d.h. die Christdemokraten und Sozialisten, die die PDS bei den nächsten nationalen Wahlen abzulösen hofft) stecke, die die Unruhen instrumentalisieren will. Cofferati, der Bundessekretär der CGIL spricht von einer bewußt herbeigeführten »unnützen und völlig kontraproduktiven Dramatisierung« des Konflikts. Gleichzeitig warnen sie davor, der berechtigte Protest der Arbeiter könne zu »südlichen Jacquerien« führen, und spielen auf das fürstenfeindliche Banditenwesen dieser Region im Mittelalter an – als gleiche die Situation der Enichem-ArbeiterInnen nicht der von ArbeiterInnen in weiten Teilen Europas und als sei ihre Militanz ein ethnologisches Problem.

Ironisch schildert die Presse die Distanz zwischen den kämpfenden Arbeitern und den Kräften der politischen Vermittlung: *»Ein Mann nähert sich den Arbeitern. Er ist gut gekleidet mit blauem Blazer und Krawatte – anscheinend ein Modell von Valentino. Es stellt sich heraus, daß es Umberto Minopoli ist, der Industriebeauftragte der PDS. Alle schauen ihn überrascht an. Wo kommt der denn her? Die Arbeiter haben sich seit vier Tagen nicht gewaschen, nichts gegessen. Und mit wem haben sie es da zu tun? Minopoli spricht nur ein paar Worte: 'Ich drücke euch die Solidarität der Partei aus. Ich erwarte, daß Initiativen kommen, die Investitionen in der Zone mit sich bringen.'«*

12.9.1993

(Unsere Informationen beruhen bisher hauptsächlich auf italienischen Presseberichten.)

Foltervorwürfe gegen die Polizei werden immer lauter

Nach Aussagen beteiligter Polizeibeamter rühren die Verletzungen jedoch zum einen von den Anfällen und zum anderen von den zu Hilfe eilenden Polizisten her. Man habe versucht, die Frau zu stützen, damit sie sich nicht noch mehr verletze, deshalb die Blutergüsse.

Beim zweiten Toten, Xabier Kalparsoro, stellt sich für den Generalsekretär der linksnationalistischen Partei EuE, Xabier Gurruttxaga, die Frage: „Vor wem oder was wollte er fliehen?“ In diesem Fall wird die Autopsie wegen der schweren Verletzungen, die er sich beim Sturz zuzog, nicht viel erbringen.

Für die „Gestoras pro Amnestia“, eine sich aus Angehörigen und Anwälten der baskischen politischen Gefangenen zusammensetzenden Organisation, und die „Gesellschaft gegen die Folter“ (ACT) sind die Parallelen zu Todesfällen im Franquismus offensichtlich. So fordern sie beide den Rücktritt des sozialistischen Innenministers Corcuera. Dieser kündigte vor dem spanischen Parlament eine „rückhaltlose Untersuchung der Vorfälle“ an, erklärte aber gleichzeitig seine feste Überzeugung, daß die zwei korrekt behandelt wurden. Die Oppositionsparteien stellten sich geschlossen hinter ihn. Man werde keine Leichen von Terroristen zum Thema im spanischen Parlament machen, hieß es bei der konservativen Volkspartei.

Für die demokratische Öffentlichkeit nicht nur im Baskenland ist diese Haltung mehr als zynisch. So mobilisierte der politische Flügel von ETA, die Wahlkoalition *Herri Batasuna*, vergangenen Montag einen Generalstreik in Guipuzkoa, der Heimatprovinz von Miren Gurutze und Xabier Kalparsoro. Die madrilenische „Gesellschaft gegen Folter“ (ACT) wird als Nebenklägerin in den Untersuchungen auftreten. Für Mitte nächster Woche ruft die ACT zu einer Kundgebung unter dem Motto „Hier wird gefoltert!“ vor dem Justizministerium auf.

Nach dem Tod zweier mutmaßlicher ETA-Mitglieder im Polizeigewahrsam verstrickt sich die offizielle Seite zusehends in Widersprüche, die Vorwürfe wegen Folter werden immer lauter. Die zwei gehörten zu einer Gruppe von insgesamt 21 Verhafteten, die mittlerweile alle Anzeige wegen Mißhandlungen und Folterungen gestellt haben.

Am vergangenen Freitag war die 31jährige Miren Gurutze Yanci auf dem Weg vom Kommissariat der Guardia Civil in Tres Cantos bei Madrid ins Krankenhaus verstorben. Offiziellen Angaben zufolge erlitt die am Tag zuvor wegen ETA-Mitgliedschaft Verhaftete einen Herzinfarkt. Am selben Tag hatte sich ein anderer „Etarra“, der 27jährige Xabier Kalparsoro, schwere Verletzungen zugezogen, als er aus dem Fenster des Polizeihauptquartiers in Bilbao stürzte. Er versuchte – so die Polizei – zu fliehen, nachdem er seinem Bewacher einen Schlag versetzt hatte. Kalparsoro erlag am Sonntag seinen Verletzungen.

Im Falle von Miren Gurutze ergab die Autopsie eine Reihe von schweren Prellungen im Achselbereich und an beiden Armen. Diese Verletzungen wurden auch im ersten Bericht der Guardia Civil erwähnt, allerdings ohne Angaben über mögliche Ursachen. Die Frau hatte zwei epileptische Anfälle erlitten. Laut einem von der Familie hinzugezogenen unabhängigen Gutachter bleibt die Frage offen, ob die Anfälle die Ursache für die Verletzung waren oder vielmehr das Ergebnis von Mißhandlungen. Die Stellen, an denen der Körper Verletzungen aufweist, und die Tatsache, daß Gurutze Yanci nie zuvor epileptische Anfälle erlitten hatte, legen die zweite Möglichkeit nahe. Dies würde sich auch mit den Aussagen von Julian Irastorza decken, dem Ehemann der mutmaßlichen Etarra. Er wurde zusammen mit seiner Frau verhaftet und saß in der Nachbarzelle. Zur fraglichen Zeit hörte er sie mehrmals schreien. Gleichzeitig wurde das Licht im Trakt schwächer. Irastorza schließt daraus, daß seine Frau mit Elektroschocks mißhandelt wurde.

„Keine Mißhandlung“

Madrid (dpa/taz) – Eine 32jährige Baskin hat nach eigenen Angaben beim Polizeiverhör 22 Blutergüsse am ganzen Körper erlitten. Dies wurde am Sonntag in Spanien bekannt. In den Tagen zuvor waren zwei mutmaßliche Etarras kurz nach ihrer Festnahme im Polizeigewahrsam gestorben. Innenminister Corcuera erklärte gestern, die Blutergüsse seien nicht auf Mißhandlungen, sondern auf ein Blutgerinnungsproblem der leberkranken Baskin zurückzuführen. Corcuera wies auch die Vorwürfe zurück, die beiden verstorbenen Basken seien mißhandelt worden.

Amsterdam, 27-09-1993

Liebe Interim-menschen

In euren neuesten Ausgaben gibt's auch einiges zu RARA in den Niederlanden. Diesen Berichten sind von einen Thomas Kraemer aus den JVA Willich, der über unseren Buchladen auch einiges an Lese-Material bestellt hat. Er sagt, er wäre teil einer internationalen Diskussionsgruppe.

Uns kommt es ein bischen komisch vor das benannte Thomas sich als RARA-Mensch darstellt, da uns nichts bekannt ist von einen verhafteten Genossen/in in der Richtung.

Darüberhinaus berichtet er in eurem nr 252 über eine Verhaftung in Holland: hier betrifft es aber ein sehr obskurer Versuch der Bullen ein Waffenhändler als Lieferant für Spreng- und Waffenmaterial an der RARA darzustellen. Thomas Kraemer bezeichnet ihm dabei als'Genosse'. Kurz nach bekannt werden dieser Verhaftung (erst in Augustus) wurde klar das die ganze Geschicht erstmal ein Herngespinnst der Justiz ist.

Wir fragen uns ob ihr mehr über diesen Gefangenen weisst und wenn nicht ob ihr Nachrichten aus Holland erstmal aus mehr zuversichtlicheren quellen übernehmen könnt. Er kann sich so selbst über eurer Blatt als Verbindungspunkt aufbauen und das scheint uns vorerst nicht sehr erwünscht.

Liebe Grüsse und viel Erfolg mit eure Zeitung.

ANTIFASCHISTISCHE GEFANGENENORGANISIERUNG

Ein kurzes und einfaches Statement von revolutionären und/oder rebellischen Gefangenen über den emotionalen Einsatz von rechtsextremen Parteien in Europa. ihre Benutzung von Zukunftsängsten. um ImmigrantInnen aus dem Trikont als die Feinde darzustellen, eine Politik, die von den meisten der europäischen Regierungen eingesetzt wird. Ein kurzer Text über die faschistische Gesellschaft am Ende dieses Jahrhunderts, der die Meinung einiger sozial rebellischer Gefangener wiedergibt, die sich der Realitäten der heutigen Welt bewußt sind und die über die Mauern hinausschauen und die denken, daß es notwendig ist, ihre antifaschistischen Positionen bekanntzumachen.
Eine Position der Solidarität mit allen AntifaschistInnen außerhalb der Mauern, die konkret gegen faschistische Politik und alle rechtsextremen Parteien kämpfen.
Ein Text, der kein anderes Ziel hat, als eine Stimme über einen Prozeß einer sterbenden Welt aus den europäischen Knästen bekanntzumachen: dem gefährlichen Aufstieg rechtsextremer Parteien auf dem alten Kontinent.
Eine Stellungnahme, die den Willen dieser Gefangenen zeigt, sich zu weigern sich dem Rahmen des Knastuniversums anzupassen und darin gefangen zu bleiben.
Mit den breits gesammelten Unterschriften wurde begonnen, das angemessene und notwendige Netzwerk unserer revolutionären Bewußtseins aufzubauen, und wir rufen - mit dieser Veröffentlichung - dazu auf, daß es noch viele mehr werden.
Der Text und die Unterschriften werden in anderen europäischen Zeitungen und Magazinen veröffentlicht.

"DIE LIEBE DER DEMOKRATIE IST AUCH EINE DER GLEICHHEIT"
(Montesquieu)

Die Gleichheit, ein universeller Wunsch, wird heute mehr udn mehr von der kapitalistischen Unterdrückung der representativen Demokratien angegriffen.
In Zeiten, in denen sich der allergrößte Teil der Politiker - rechte wie linke - sich selbst als identisch bestimmen, in ihren Handlungen wie in Absichten; in einer Zeit, in der die demokratische Debatte tatsächlich nur zu der Gesellschaft des Spektakels und dem riesigen Konsum beiträgt; in einer Zeit, in der die ökonomische und politische krise der hochindustrialisierten Länder (G7) unsere Gesellschaften noch mehr aufspaltet, versuchen die rechtsextremen Parteien sich selbst als Alternative zur Lösung der heutigen politischen Unordnung aufzudrängen.
Der wesentliche Punkt ihres Diskurses: Immigration.
Wesentlich, aber nicht einzigartig: materielle Not führt zu Ausschluß, Arbeitslosigkeit und unsicheren Situationen; die gegenwärtige ideologische Verwirrung; die Gefühle angesichts "der Unsicherheit von morgen"; die Angst vor dem Unbekannten; all diese Fakten, all dieses "Nicht-Gutgehen" werden von der rechtsextremen Parteien herausgeholt, um sich selbst als Verteidigger einer nationalen, weißen, europäischen Identität zu verherrlichen. Und warum nicht eine arische, wenn sie schon so weit gehen? Wenn jemand um die Unbekümmertheit des historischen Bewußtseins unserer Gesellschaften - oder auch nur dieses Jahrhunderts - weiß, warum sollten sie sich darum kümmern? Le Pen (Frankreich, Präsident der Front Nationale) hat darauf bereits geantwortet, in dem er die Shoah als ein Detail (!) bezeichnete (Anm.: gehört vor einigen Jahren bei einer Fernsehansprache dieses häßlichen Mannes).

An diesem Ende des 20.Jahrhunderts haben wir den Zerfall des Systems gesehen, das die UdSSR während der stalinistischen Ära aufgebaut hat. Aber dieser Umsturz, der als Sieg der Demokratie gegen den Totalitarismus präsentiert wird, beraubt alle imperialistischen Systeme ihres "notwendigen Feindes"; ein Feind, der dazu bestimmt ist, als Sündenbock für alle Unterdrückten, die "SklavenarbeiterInnen" und für alle BürgerInnen unserer Länder, um sie abzulenken von ihrem wirklichen Feind und dem Klassenkampf gegen diesen Feind: Kapitalismus.
Tatsächlich ein sehr nutzvoller Feind, auf den alle kritischen Blicke geworfen wurden und den die bürgerliche Propaganda benutzt hat, um das beste aus ihrer Demokratie zu machen, aus ihrer Management-Politik und dem kapitalistischen System als dem "am wenigsten schlechten" zu machen ...
Jenseits des offensichtlichen Rückschlag für alle Hoffnung auf eine wirkliche politische, soziale und ökonomische Umwälzung - hier die kommunistische - unterhalb der erzwungenen offensichtlichen Akzeptanz der bürgerlichen Demokratie, scheint dieser Umsturz alle abendländischen Imperialismen und die internationale kommunistische Bewegung, ebenso wie alle anderen Arten von revolutionären Vorhaben, ideologisch durcheinandergebracht zu haben.
Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, zerfallen in brudermörderische Kriege, beraubt das kapitalistische Abendland seines nützlichen Feindes, dem Kernstück der politischen und militärischen Propaganda. Eine Abwesenheit, die, durch die Zerstörung der politischen Ergebnisse von Jalta, dazu beigetragen hat, den Ost-West-Gegensatz durch den Nord-Süd-Gegensatz zu ersetzen. Dieser Nord-Süd-Widerspruch findet sein direktes Gegenstück in der Darstellung der Immigration als verantwortlich für alles Unglück und alle materiellen und existentiellen Schwierigkeiten in unseren Gesellschaften ebenso wie für den Aufstieg des faschistischen Unrats. Rassismus und Ausschluß durch rechte und rechtsextreme Parteien, aber auch durch die Liberalen der Sozialdemokratie und der Christdemokraten.
Tatsächlich ist Immigration eine wertvolle ideologische Saat für die europäischen Regierungen, um die unverminderte Krise eines systems, das auf Ungleichheit basiert, zu maskieren. Es ist immer einfacher die schuld für die Krise auf den Sündenbock Immigrant abzuschieben, als eine kritische Analyse ihrer Ursachen zu machen; eine Analyse, die die Ausschluß- und Spaltungsmechanismen als auch sozio-ökonomischen Ungleichheiten darstellen könnte, die beide eine Rolle in der Fortdauer des "Großkapitals" spielen.
Aber ihr Diskurs muß erträglich und rechtlich unangreifbar sein.
Dies scheinen die rechten und noch rechteren Extremisten verstanden zu haben, weil neben ihrer offenkundig rassistischen und faschistischen Sprache bevorzugen sie es jetzt eine differentialistische, in dem sie behaupten, die ökonomische und ideologische Krise unserer Gesellschaften könnte ein Ergebnis von "Unterschieden - Widersprüchen" zwischen Abendland und 'Dritter Welt', zwischen dem "Einheimischen" und dem "Fremden" sein.
"Diese Typen leben nicht so wie wir, es ist ein unüberwindlicher Widerspruch!", so dröhnen die Faschisten! Und warum sollten sie zögen, solch einen reinen rassitsischen Unsinn zu herunterzuleieren, wenn Nols (belgischer Bürgermeister von Brüssel) und andere Politiker in Europa von "Massen von

Liste der bisherigen Unterschriften:

- S. Asherton; SNP (Scottish National Party), Schottland
- Colin Buckoke, Albert Fellows, Peter Thomas, Henry Tomery; Mitglieder der WNP (Welsh national Party/Pays de GALLES)
- Pierre Hernandez, Christian Zwetter; rebellische Gefangene, Frankreich
- Mandelier Serge; ABC, Belgien
- Pablo Serrano, Andres Torrijos, Mikel Otermin Itturalde; anarcvhistische Gefangene in Spanien
- Graham Galloway; ABC, England
- Paddy Murphy; ABC, Irland
- Simon Melia, J. Mac Culloch, B. Shaw; ananrchistische Gefangene in England
- Harry Gold; RCP (Revolutionary Communist Party), England
- G. Simmons; SLA (Scottish Liberation Army), Schottland
- Nathalie Mènigon, Loelle Aubron, Jean-Marc Rouillan; C.L.P.A.D. (Kampfkommitee, der Gefangenen der Action Directe), Frankreich
- Dumont Boris; ABC (Anarchist Black Cross), Belgien

Immigranten" und "Grenzen der Erträglichkeit" reden, oder J. Chirac (Frankreich) über "Gestank (!) von Immigranten-Stadtteilen".
Solche Diskurse zielen darauf ab, sich mehr und mehr perfekt in die Politik für die Kontrolle der Bevölkerungen, die aus den fremdenfeindlichen realitäten der westeuropäischen Formierung entspringen (z.B. aus dem Schengen-Abkommen 1985). Abkommen, die auch die Notwendigkeit für die europäischen Regierungen bestimmen, als Reaktion auf die europäischen "Ängste" einen "Feind" zu finden, um die drohende Zentralisation des Militärs und militärischer Einrichtungen zu rechtfertigen; auch um die riesigen militärischen Ausgaben jedes Landes für die verteidigung des europäischen Kontinents zu rechtfertigen, der nach Osten und Südosten nicht genau begrenzt ist, aber von dem aus, das ist offensichtlich, die abendländische Formierung eine Speerspitze gegen die drei Kontinente des Südens darstellt.
Also muß niemand erstaunt darüber sein, daß der faschistische Dreck so viel Willfährigkeit, sogar Komplizenschaft, in den westeurpäischen konservativen Klassen begegnet: Sie ziehen am selben Strang!
Auf der anderen Seite, wie nicht vollkommen verwundert sein über das Abstreifen der politischen, sozialen und ökonomischen Verantwortung über den Stimmzettel; das Abstreifen der Verantwortung durch die Klasse - der unterworfenen und rebellischen, der ausgebeuteten und unterdrückten; diejenige, die immer revoltiert und mit Stolz fordert: die ArbeiterInnenklasse, die immer noch, selbst heute, politisch und sozial zwischen Fabriken, Mühlen, Minen, Geschäften und Büros existiert ... Weil die (Wahl-) Stimmen für die extreme Rechte kommen auch aus der ArbeiterInnenklasse!
Angezogen von den falschen Sirenen eines nationalen "Wertes" - von der "Rassen"trennung - die ihnen bessere Bedingungen/Wohlfahrtbasierend auf einem ungerechten und zerstörischen Podest, das auf rass(ist)ischen und kulturellen Kriterien aufbaut, versprich, applaudieren viel zu viele Menschen einem aus der Sorte Le Pen, Nols und anderen schlechten Typen in jedem europäischen Land ...

Heutzutage hat die extreme rechte ihre Bürgermeister, Senatoren, Abgeordneten ... aber es wird gut sein, sich daran zu erinnern, daß es der selbe Ablauf war, der Hitler dazu gebracht hat, 1933 die Macht zu ergreifen!!!
Laßt uns auch daran denken, daß in den Jahren vor dieser Machtergreifung deutsche jüdische BürgerInnen Opfer von Aggressionen gewesen sind, genauso wie türkische und andere ImmigrantInnen heute, aber dieses Mal passiert es in ganz Europa!!!
"Niemals wieder" haben wir oft nach 1945 gehört, aber die faschistischen Bemühungen, rassistischen Angriffe und Friedhofsschändungen sind wieder auf den Straßen, in unseren Städten ... mit einem Unterschied ... und einem großen: In den Jahren 1920-30 fand die "legale" Entwicklung der extremen Rechten nur in Deutschland und Italien statt, während sie andere Länder des europäischen Abendlandes mehr und weniger verschonte; heute ist die Totalität der westeuropäischen Länder vom faschistischen Pack betroffen!
Aber, am Ende dieses Jahrhunderts wird niemand seine/ihre Verantwortung hinter billigen Entschuldigen wie "Ich war nicht informiert" oder "Ich wußte nicht was passierte" verstecken. Wir ALLE wissen es und wir müssen JETZT reagieren!
Wir müssen sie daran hindern ihre gehässigen Diskurse zu verbreiten!
Aber auf der anderen Seite müssen wir uns immer klar darüber sein, daß das Banner des Antifaschismus auch von den bürgerlichen Regierungen benutzt wird, um ihre jeweiligen Wählerschaften hinter einer demokratischen Union alleine für das Ziel der verteidigung der Interessen der herrschenden Klassen zu vereinigen.
Also sind es die menschen selbst, die die Straße der rechtsextremen Parteien blockieren müssen, weil der/diejenige, den/die sie uns als "Feind" präsentieren, unser Freund, unsere nachbarin, unsere Kollegin, unser Elternteil, unsere Schwester/unser Bruder unserer Klasse ist! Wir sind alle ImmigrantInnen von irgendwo her!
Heute, JETZT, müssen wir NEIN sagen!
Und wir müssen es tatkräftig sagen, mit allen Mitteln, weil es Zeit ist zu handeln!

Aktionsvorschläge gegen die extreme rechte:
- Tretet Gruppen und Organisationen bei, die effektiv gegen sie kämpfen.
- Reißt systematisch alle Propagandaplakate und sonstiges ab, die von diesen faschistischen Gruppen/Organisationen kommt.
- Organisation von Gegendemonstrationen und Gegentreffen in den Städten und Plätzen, an denen sie präsent sind.
- Belagerung der "Wahl-Büros", in denen sie präsent sind und Angehen gegen diese Büros mit den Mitteln, die angemessen sind: Demonstrationen, Verwüstung dieser "Wahl-Büros" oder Einfüülen von unlöschbarer Tinte in die Wahlurnen.
- Farbbomben gegen ihre Büros, Rauchbomben ...
- "Propaganda der Tat" und direkte Aktion sind in Reichweite und in der Entschlossenheit jedes/r AntifaschistIn! (Siehe Anm. unten!)
Alles basiert auf der Entschlossenheit von allen!
Es ist keine Zeit mehr für hermetische Diskussionen, auch nicht für Kompromisse mit dem bürgerlichen Staat, es ist Zeit effektiv zusammenzuarbeiten, in dem wir unsere politischen und praktischen Konzeptionen in der antifaschistischen Front zusammenschließen, weil der antifaschistische Kampf nicht nur ein punktueller ist. Er ist ein Element JEDER ideologisch-revolutionären Richtung, die, selbst wenn sie offensichtlich im selben Lager stehen, nicht immer über die Strategien und/oder die revolutionären Perspektiven des Kampfes, den sie führen, übereinstimmen.
Aber angesichts der Dringlichkeit des Problems ist es höchste Zeit ZUSAMMEN zuarbeiten, gemeinsam und ernsthaft und unnachgiebig, um die "braune Pest" dorthin zu schaffen, wo sie alleine hingehört: in die Burgverliese ...
(Anm.: In Berlin wollte Alain de Benoist an einer Konferenz mit dem Titel : "Der Fremde - mit dem Blick auf die industrielle gesellschaft, an den Grenzen der Philisophie der goldenen Jahre - welchen Platz für den fremden?" teilnehmen.
Einige antifaschistischen Gruppen warnten, daß sie die Absicht hätten, diesen Ideologen an der Teilnahme an der Konferenz zu hindern, da er seit vielen Jahren in Frankreich, aber auch in Europa durch GRECE und sein Magazin "Elements" hart daran arbeitet, die faschistischen Konzeptionen über den "way of life" zu verbreiten und zu begründen. Am 6.2.93 wurde Alain de Benoist, genauso wie die AntifaschistInnen nagekündigt hatten, aus dem Konferenzraum geworfen und rechtschaffend verprügelt ...)

Unterschriften müssen geschickt werden an:

Dumont Boris
Prison
de Verviers
81, Chaussee D'Heusy
4800 Verviers
Belgien

oder:
Rebelles
c/o ABEL
BP 378
75069 Paris Cedex 18
Frankreich

Fr.8.10. 19.00
"Raus mit euch!- Über Umstrukturierung u. Spekulanten am Beispiel des Kuckuck und der Manteuffel 99. GAlerie Olga Benario, Weserstr. 5, Neukölln. (Schreibt das nächste mal eure Termine gefälligst selbst mit Maschine!)

8.10.: Andreas Gooses über Rassismus und Männlichkeit
im Haus der Kirche, Goethestr.27, 10625 Berlin-Charlottenburg um 19 Uhr

Freitag 8.10. 21.00
Filme zu Widerstand in den USA
FROM DEATH ROW - ABU JAMAL
Abu Jamal war Mitbegründer der Black Panther Party in Philadelphia, und schrieb viele Artikel für die Zeitung der BPP. Im Dez. 81 wurde der Bruder von Jamal bei einer Verkehrskontrolle brutal zusammengeschlagen. Jamal wollte ihm zu Hilfe kommen, und wurde dabei von einem Polizisten lebensgefährlich angeschossen. Als er im Krankenhaus wieder zu sich kam, wurde ihm vorgeworfen einen Polizisten erschossen zu haben. Abu Jamal wurde zum Tode verurteilt, obwohl 15 Zeugen für ihn aussagten, eine Berufung wurde abgelehnt. Der Film zeigt, durch das Interview mit Jamal und zahlreiche Doku-Aufnahmen, die Repressionen denen aktive schwarze WiderstandskämpferInnen in den USA ausgesetzt sind.

videokino anschlag
Kreutzigerstr.18
U-Samariterstr.

FREITAGS GAB'S STAMPFKARTOFFELN!

Sa. 9.10. 19.30
Infoveranstalung zu den neuen Asylgesetzen. GAlerie Olga Benario

Sa. 9.10. Einlass ab 20.00
Antifa-Soli-Konzert mit Fete
Bands: Murdered Art (HC, Berlin)
Droogy Boys (Oi, Nürnberg)



Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!





Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF, sitzt jetzt seit über 21 Jahren im Gefängnis. Trotz dieser 21 Jahre Sonderhaftbedingungen, trotz all dem, was man gegen sie versucht hat, ist Irmgard nicht gebrochen, ist sie lebendiger Beweis, daß Menschen an ihren Zielen, Wünschen und Hoffnungen auch unter härtesten Bedingungen festhalten können.
Aber ihr Beispiel zeigt auch, daß Zeit keine unerschöpfliche Ressource ist. Irmgards Gesundheit ist durch die Haftbedingungen stark angegriffen und ihr Zustand zeigt sehr deutlich, daß nach dieser langen Haft keine Reserven mehr vorhanden sind. Irmgard hat fast ihr halbes Leben im Knast verbracht.
Wir wollen nicht zulassen, daß Irmgards Gesundheitszustand und die Dauer ihrer Haft die Perspektive für die anderen Gefangenen aus der RAF, die zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind, werden.
Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller! Um den dazu notwendigen politischen Druck zu erreichen, rufen wir auf zu einer Demonstration am 9. Oktober 1993 in Lübeck.

Demonstration
9.10.1993
11 Uhr
Lübeck
Parkplatz
Wallhalbinsel

Wir rufen auf zu einem
STARKEN FRAUENLESBENBLOCK
Treffpunkt Sternschanze 9 Uhr U-Bahneingang.
Kommt mit Autos! Wenns nicht genug FrauenlesbenAutos gibt, wollen wir zusammen mit der Bahn fahren.



Kiezküche in Mitte-Kiezküche in Mitte-Kiezküche in Mitte-Kiezküche in Mitt

Jeden Samstag ab 19 Uhr im Kiezladen in der Tucholskystr.32,
S-Bhf. Oranienburger Str. , U-Bhf. Oranienburger Tor

Kiezküche in Mitte-Kiezküche in Mitte-Kiezküche in Mitte-Kiezküche in Mitt

Sonntag, 10.10. 21.00
Trilogie zur "neuen Eugenik"Medienwerkstatt Freiburg
DAEDALUS
BRD 90/Pepe Danquart/95min **videokino anschlag**
Das Jahr 2018-die Welt in Agonie und der Konzern HELIX Corporation auf dem Weg zur absoluten Kontrolle. Auf ihrer Durchleuchtungsbank liegt ein Mann in aussichtsloser Lage: Professor Daedalus. ein ehemaliger Genetiker, der maßgeblich verantwortlich war für die Entwicklung der biologischen Einkeit Achthundert. Er wurde entlassen, als HELIX Corporation begann, sie in Serie zu produzieren: künstlich gezeugte, genetisch optimierte und in Lernmodulen geschulte Wesen.





Montag 11.10. 21.00
Trilogie zur"neuen Eugenik" Medienwerkstatt Freiburg
....und andere Ergüsse
Wir betreten ein Terrain, das von Männern dichter besiedelt zu sein scheint, als der Rest des Planeten; ein Terrain, auf dem über Entstehung von Leben, über Fortpflanzung und über Geburt neu verhandelt und die Erzeugung von Lebendigem erprobt wird. So folgen wir der molekularbiologischen Avantgarde ins Innere der Gene, um die Triebfeder zu erkunden, die Wissenschaftler allerorts veranlassen, die Welt mit großzügig ausladener Geste zu verbessern. Wir erfahren von der Entstehung der perfekten Pflanze, von den Vorzügen der künstlichen Gebärmutter und davon, daß Frauen mehr Probleme in der Schwangerschaft haben als Kühe.

Di. 12.10 19.30
"Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen". Video 80 Min., 1978. Über d. Versuch einer jahrelang körperlich u. seelisch misshandelten Frau aus ihrer Ehe auszubrechen. Anschl. : Diskussion mit Vertreterinnen des 2. Autonomen Frauenhauses. Veranstaltung nur für Frauen!; Galerie Olga Benario

Die Anarchistische StudentInnen Initiative (ASTI) trifft sich jeden Mittwoch im A-Laden, Rathenower Str. 22 in Moabit. InteressentInnen werden noch gesucht. um 19.00.



Mittwoch 13.10. 21.00
Trilogie zur"neuen Eugenik" Medienwerkstatt Freiburg
DER PANNWITZBLICK
BRD 91/R:Didi Danquart/90min **videokino anschlag**
Ein Film mit einer ungewöhnlichen Sprache, mit ungewöhnlichen Bildern über ein ungewöhnliches Thema: Die geistige Aussonderung von geistig und körperlich behinderten Menschen.
Im Faschismus waren es Propagandafilme, die, mit den Theorien der Eugeniker, die Massenvernichtung der"Nicht-normalen-Menschen vorbereiteten. Damals wurde das Objektiv der Kamera durch die Nazis umfunktioniert zum "gesellschaftlichen Auge", zum Glasauge der Gesellschaft.
Der Faschismus ist bewältigt.Scheinbar. Aber das Gasauge ist noch da. Daran hat sich nichts geändert.
Davon berichten behinderte Menschen, denen erneut "Glasaugen" zu Leibe rücken, auch um ihre gesellschaftliche Zuordnung zu bestimmen. Euthanasie ist wieder ein Thema geworden in Deutschland. Der Blick der Nichtbehinderten auf die Behinderung hat oft etwas mit Fremdheit und dadurch mit Angst zu tun, die umschlägt in Abwehr. Dies wird sichtbar in Bildern und in menschlichen Verhalten.
"Der Pannwitzblick" ist ein analytischer Montagefilm über Blicke Kameraeinstellungen und das Verhältnis der Macht des Abbildenen gegenüber dem Abgebildeten; vor der Kamera und dem Auge.

14.10.: Diskussion zum Abschluß der Veranstaltungsreihe zur Frage:
Was können Männer gegen MännerGewalt tun ?
im Haus der Kirche um 19 Uhr

KOMMST DU MIT, EINEN HEBEN ?
HUAH! DER IST GUT! DER IST GUT!!

Pedder Teumer/Daily Terror
Stellungnahme zum "Kümmerling"-Beitrag über D.T bzw.P.T. in der Sept.93 Ausgabe.

1. Wir, Daily Terror, sind nicht aus dem "angeblich großen kapitalistischen Musiksumpf" wiederaufgetaucht, sondern waren stets present.
2. Ich, Pedder Teumer, war niemals Mitglied;Sympathiesant oder sonstwas von der NPD, FAP oder ähnlich orgientierten Parteien/Organisationen. Außerdem war ich nie in irgendeiner Partei. Diese böswillige Unterstellung sehe ich als Rufmrd an.
3. Ich, Pedder Teumer, habe nie an irgendwelchen Überfällen auf "linke, besetzte Häuser" teilgenommen, habe zu "alten Kumpels" noch immer ein gutes bis teils sehr gutes Verhältnis und wehre mich außerdem strikt gegen die Behauptung, daß ich bei einem "Ausländerjagen" in Salzgitter dabeigewesen sein soll. Diese Verleumdungen stellen ebenfalls den Versuch eines Rufmords dar.
4. Es stimmt, daß ich, Pedder Teumer, auf dem Textheft der "Apocalypse"-LP ganz besonders alle grüße, die uns die letzten 5 Jahre unterstützt haben, nur sind diese auch alle namentlich aufgeführt. Es handelt sich speziell um die Bands Dödelhaie, Molotow Soda, Die einsamen Stinktiere, Normahl, Toxoplasma und um eine ganze Reihe von Zines. Weder auf der LP/CD, dem Cover oder Textheft ist irgendein Hinweis auf "Grusse an angebliche Faschofreunde"!
5. Wir werden auf jeden Fall auf dem Einheiz-Festival auftreten und auch weiterhin bei Antifa-Konzerten auftreten, ob das dem Verfasser dieser kümmerlichen "Kümmerling"-Zeilen passt oder nicht.
6. Dieses kleine Flugblatt über Braunschweig ist weder von mir (P.T.) verfaßt noch verteilt worden.

Gezeichnet: Pedder Teumer/22.9.93/Braunschweig



PROZESSKOSTENFETE
für Bernd
im
VEB 7
Brunnenstr. 7
8.10.´93
ab 21.00h
U-Bahn
Rosenthaler Platz
mit
Vokü